

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

DIE EXTREME RECHTE IN DEN EUROPÄISCHEN PARLAMENTEN

**Antoine Bristielle, Ann-Cathrine Jungar, Eric Miklin,
Aurora Mínguez, Max-Valentin Robert, Sanna Salo,
Wolfgang Schroeder**

Januar 2023



Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung im Juni 2022 wurde der Rassemblement National die stärkste Oppositionspartei.



Ist diese massive Präsenz der Rechtsextremen im Parlament für Frankreich noch eine neue Situation, sind in einigen anderen Ländern der Europäischen Union rechtsextreme Abgeordnete bereits seit längerem in nationalen und regionalen Parlamenten vertreten.



Darauf haben die demokratischen Kräfte mit sehr unterschiedlichen Strategien und unterschiedlichem Erfolg reagiert.

DIE EXTREME RECHTE IN DEN EUROPÄISCHEN PARLAMENTEN



Bei den Wahlen zur französischen Nationalversammlung im Juni 2022 wurde der rechtsextreme Rassemblement National (RN) mit 89 Abgeordneten die stärkste Oppositionspartei. Dies ist der vorläufige Höhepunkt eines Prozesses, in dessen Verlauf sich der RN als »normale« politische Kraft im politischen System Frankreichs etabliert hat. Diese Banalisierung der extremen Rechten in der öffentlichen Wahrnehmung lässt selbst einen zukünftigen Wahlsieg des RN als nicht mehr unmöglich erscheinen.



Wenn auch in Frankreich die Präsenz der Rechtsextremen im Parlament noch eine neue Situation ist, ist das in einigen anderen Ländern der Europäischen Union nicht mehr der Fall. So sind in Ländern wie Österreich oder Deutschland rechtsextreme Abgeordnete bereits seit Längerem in nationalen und regionalen Parlamenten vertreten. Sie üben so aus den demokratischen Institutionen heraus Einfluss auf deren Funktionsweise und den politischen Willensbildungsprozess.



Auf die Präsenz der Rechtsextremen in den Parlamenten haben die demokratischen Kräfte bislang mit sehr unterschiedlichen Strategien reagiert, die von institutioneller Normalisierung bis zur Anwendung eines strikten »cordon sanitaire« reichen. Die dabei gemachten Erfahrungen aufzuarbeiten und auszuwerten ist hilfreich, um zu einer wirksamen Strategie der Verteidigung der demokratischen Institutionen vor »illiberalen« Einflüssen zu kommen.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
www.fesparis.org

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

DIE EXTREME RECHTE IN DEN EUROPÄISCHEN PARLAMENTEN

INHALT

VORWORT	2
DER RASSEMBLEMENT NATIONAL IM FRANZÖSISCHEN PARLAMENT	3
Eine Zwickmühle für die demokratischen Parteien <i>Von Antoine Bristielle und Max-Valentin Robert</i>	
DIE AFD: PARLAMENTARISCHE PRÄSENZ UND DEMOKRATISCHE GEGENREAKTIONEN	9
<i>Wolfgang Schroeder</i>	
POLITISCHE ISOLIERUNG – JA ODER NEIN?	14
Spaniens extreme Rechte in den demokratischen Institutionen <i>Aurora Minguez</i>	
DER UMGANG DER ÖSTERREICHISCHEN PARTEIEN MIT DER FPÖ	18
Von (halbherziger) Abgrenzung zur mehrfachen Regierungsbeteiligung <i>Eric Miklin</i>	
DER ERFOLG DER PARTEI »DIE FINNEN«	22
Reaktionen der finnischen Parlamentsparteien <i>Sanna Salo</i>	
DIE NORMALISIERUNG DES PARIAS	26
Der Weg der Schwedendemokraten aus der Isolation in die Regierung <i>Ann-Cathrine Jungar</i>	

VORWORT

Bei den französischen Parlamentswahlen im Juni 2022 wurde der rechtsextreme Rassemblement National (RN) mit 89 Abgeordneten die stärkste Oppositionspartei in der Nationalversammlung. Dies ist der vorläufige Höhepunkt eines Prozesses, in dessen Verlauf sich diese rechtsextreme Partei als »normale« politische Kraft im politischen System Frankreichs etabliert hat. Diese Banalisierung der extremen Rechten in der öffentlichen Wahrnehmung lässt selbst einen zukünftigen Wahlsieg des RN als nicht mehr unmöglich erscheinen. Umso wichtiger ist es für die demokratischen Kräfte, dem wachsenden Einfluss der Rechtsextremen entschlossen entgegenzutreten. Doch angesichts der für Frankreich noch neuen Situation einer starken Präsenz der Rechtsextremen im Parlament zeigten sich die demokratischen Kräfte unvorbereitet und reagierten unkoordiniert mit sehr unterschiedlichen Strategien auf die neue Herausforderung. Wenn auch in Frankreich die Präsenz der Rechtsextremen im Parlament noch eine neue Situation ist, so ist das in einigen anderen Ländern der Europäischen Union nicht mehr der Fall. So sind in Ländern wie Österreich oder Deutschland rechtsextreme Abgeordnete bereits seit längerem in nationalen und regionalen Parlamenten vertreten.

Wie haben dort die demokratischen Kräfte auf die parlamentarische Präsenz der extremen Rechten reagiert? Welche Strategien verfolgen sie, um deren Einfluss einzudämmen und zurückzudrängen? Welche Erfahrungen wurden gemacht und welche Lehren können für die Entwicklung unserer parlamentarischen Praxis und den Schutz unserer demokratischen Institutionen gezogen werden? Um diese Debatte zu fördern, bieten die Jean-Jaurès-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung Analysen zur Situation und den Erfahrungen in Frankreich, Deutschland, Spanien, Österreich, Finnland und Schweden an. Wir hoffen damit in Zeiten populistischer und »illiberaler« Herausforderungen der Demokratie einen Beitrag zu deren Verteidigung in Europa leisten zu können.

DER RASSEMBLEMENT NATIONAL IM FRANZÖSISCHEN PARLAMENT

Eine Zwickmühle für die demokratischen Parteien

Von **Antoine Bristielle** und **Max-Valentin Robert**

In Frankreich brachte die zweite Runde der Parlamentswahlen im Juni 2022 eine große Überraschung. Während sich die politischen Debatten und Kommentare im Wahlkampf auf das neue Linksbündnis (*Nouvelle Union populaire écologique et sociale*, NUPES)¹ und seine möglichen Erfolgsaussichten konzentrierten, stand die rechtsextreme *Rassemblement National* (RN) nicht mehr im Fokus der Medien. Nachdem bekannt geworden war, dass 89 RN-Abgeordnete in der neu gewählten Nationalversammlung vertreten sein werden, stellte sich für die Führungsgremien der wichtigsten Partei-gruppierungen schnell eine entscheidende Frage: Wie soll man auf diesen Erfolg der RN im Palais Bourbon, der französischen Nationalversammlung, reagieren?

Nach den Parlamentswahlen von 1986 waren die Beziehungen zwischen den Abgeordneten der liberal-konservativen Koalitionsparteien² und denen des *Front National* (FN) – der sich erst später in *Rassemblement National* umbenannte – äußerst angespannt. So beschuldigte Jean-Marie Le Pen den damaligen Ministerpräsidenten Chirac, gegenüber der FN eine »Art politische Apartheid« zu praktizieren, »als ob wir Aids übertragen würden«.³ In jüngerer Zeit war es die Wahl der RN-Politiker David Rachline und Stéphane Ravier zu Senatoren, die zu heftigen Spannungen im Senat führte. Die EELV-Senatorin Esther Benbassa begründete beispielsweise ihre Weigerung, Rachline – dem Bürgermeister von Fréjus – die Hand zu schütteln, mit folgender Aussage: »Diese Partei hasst das, was ich bin, sie ist gegen das Zusammenleben, greift die französischen Muslime, die muslimischen Franzosen an. Sie hat ihre Wurzeln in den antisemitischen Ligen des 19. Jahrhunderts – mir braucht niemand zu sagen, dass ich

im Namen der Demokratie eine Hand schütteln muss. Hätte ich denn auch Hitler die Hand schütteln müssen?«⁴

Wie reagieren die anderen politischen Parteien heute auf die 89 Abgeordneten des RN in der Nationalversammlung? Anders als in den letzten beiden Jahrzehnten erhielt die Partei des Präsidenten bei den Parlamentswahlen im Juni 2022 keine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. So ergaben sich besondere Bedingungen, unter denen dem Parlament eine umso größere Bedeutung zukommt: Zum einen ist die nunmehr nur mit einer relativen Mehrheit ausgestattete Präsidentenpartei gezwungen, Allianzen zu bilden, um Gesetze verabschieden zu können, was angesichts der politischen Kultur Frankreichs nicht unbedingt einfach ist; zum anderen ist die Blockademacht der Oppositionsfractionen gestärkt.

Um die Haltung der anderen Parteien gegenüber dem RN zu verstehen, ist es wichtig nachzuvollziehen, wie sich die ideologische Positionierung des RN entwickelt hat. Seine Wahlerfolge sind nämlich einer Strategie der »Entdiabolisierung« zu verdanken, die heute in großen Teilen die Reaktion der verschiedenen politischen Parteien erklärt.

DER RASSEMBLEMENT NATIONAL: DER LANGE MARSCH ZUR »ENTDIABOLISIERUNG«

Die Geschichte des *Front National*, der 2018 in *Rassemblement National* umbenannt wurde, ist von zahlreichen Normalisierungsversuchen geprägt. Schon die letzte Präsidentschaftskampagne des FN-Gründers Jean-Marie Le Pen (2007) hatte sich durch einen weniger extremistischen Ton ausgezeichnet als die vorherigen. Er ging sogar so weit, bestimmte Symbole der republikanischen Kultur für sich zu beanspruchen, wie seine Rede in Valmy am 20. September

1 Vor den Wahlen zur Nationalversammlung gingen die radikale Linke von »La France Insoumise«, die Sozialistische Partei (PS), die grüne Partei »Europe Écologie Les Verts« (EELV) und die Kommunisten (PCF) ein Bündnis unter dem Namen »Nouvelle union populaire, écologique et sociale« (NUPES) ein. Obwohl sie je eigene Fraktionen bilden, operieren die Parteien dieses Bündnisses in der Nationalversammlung gemeinsam als linke Opposition (Anm. der Hrsg.)

2 Seinerzeit waren dies der *Rassemblement pour la République* (RPR) und die *Union pour la démocratie française* (UDF) (Anm. der Hrsg.)

3 Siehe: »Rétro Législatives. 1986, quand le FN avait un groupe à l'Assemblée nationale«, in: Paris-Normandie, 12.5.2022, <https://www.paris-normandie.fr/id305693/article/2022-05-12/retro-legislatives-1986-quand-le-fn-avait-un-groupe-lassemblee-nationale>

4 Siehe: Chazot, Sylvain (2014): »Esther Benbassa justifie son refus de saluer le FN David Rachline : «J'aurais dû serrer la main d'Hitler?»«, in: Europe 1, 3.10.2014, <https://lelab.europe1.fr/Esther-Benbassa-justifie-de-n-avoir-pas-salue-le-FN-David-Rachline-J-aurais-du-serrer-la-main-d-Hitler-17278>

2006 belegt.⁵ Dieser Wunsch nach Respektabilität wurde noch verstärkt, nachdem Marine Le Pen im Januar 2011 die Führung der Partei übernommen hatte und die radikaleren Anhänger_innen eine Niederlage erlitten. Die neue Parteispitze des FN unternahm daraufhin eine diskursive Normalisierung, die inzwischen als »Entdiabolisierung« bekannt geworden ist. Sie wurde in den internen Instanzen der Partei von Louis Aliot, dem ehemaligen Lebensgefährten von Marine Le Pen und heute eine wichtige Figur der RN, vorangetrieben.

Diese neue Strategie schlug sich zunächst auf der Ebene des Gedenkens nieder: Nach erneuten antisemitischen Provokationen ihres Vaters begann Marine Le Pen ab 2014, sich von diesem zu distanzieren. Sie erklärte, dass der »Front National jede Form von Antisemitismus, welcher Art auch immer, auf das Schärfste verurteile«.⁶ Als der ehemalige FN-Chef seine Äußerungen wiederholte, in denen er die Gaskammern als »Detail der Geschichte« bezeichnete, erklärte Marine Le Pen, dass zwischen ihr und ihrem Vater »in Form und Inhalt eine grundlegende Meinungsverschiedenheit besteht«⁷, was am 20. August 2015 den Ausschluss Jean-Marie Le Pen's aus der Partei nach sich zog.

Diese Normalisierungsstrategie setzte sich anschließend in Bezug auf ein anderes Thema fort: die Europäische Union. Während der FN bis 2017 eine ablehnende Haltung gegenüber der europäischen Integration und dem Euro eingenommen hatte,⁸ führte der Parteiaustritt von Florian Philippot, bis dahin die rechte Hand von Marine Le Pen, dazu, dass die Anhänger_innen einer »harten« souveränistischen Linie an den Rand gedrängt wurden. Diese ideologische Mäßigung kam während der Kampagne für die Europawahl 2019 voll zum Tragen, als der RN-Spitzenkandidat Jordan Bardella argumentierte, dass »Europa auch etwas Gutes sein« könne und »im Moment der Ausstieg aus dem Euro keine Priorität mehr« für den RN sei.⁹

Obwohl es auf den ersten Blick eher unlogisch wirkt, scheint die Kandidatur des reaktionären Polemikers Éric Zemmour bei den Präsidentschaftswahlen 2022 dazu beigetragen zu haben, dass der RN einen zusätzlichen Schub der »Entdiabo-

lisierung« erhielt – und dies insbesondere bei den Identitätsfragen. Durch einen Kontrasteffekt konnte die Radikalität von Zemmours Diskurs über den Islam und die Einwanderung das Image des RN in der öffentlichen Meinung paradoxerweise entschärfen. Dass Marine Le Pen den Nutzen dieser diskursiven Konkurrenz im Wahlkampf erkannt hatte, verdeutlicht folgende Aussage: »Ich finde bei Éric Zemmour eine ganze Reihe diabolischer Figuren wieder, die in der Geschichte des Front National aufgetaucht und wieder verschwunden sind. Ich denke an die traditionalistischen Katholiken, die Heiden und einige Nazis.«¹⁰

DER POLITISCHE ERFOLG DER ENTDIABOLISIERUNGSTRATEGIE

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Strategie der »Entdiabolisierung« des RN aus wahltaktischer Sicht weitgehend erfolgreich war. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 wurde die Präsenz von Jean-Marie Le Pen im zweiten Wahlgang noch als Unfall der Geschichte angesehen, der auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen war, insbesondere die Spaltung der Linken im ersten Wahlgang. Im zweiten Wahlgang erreichte Jacques Chirac dann mit über 82 Prozent der Stimmen aber einen überwältigenden Sieg über Le Pen. 2017 war der Einzug von Marine Le Pen in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen dann hingegen keine Überraschung mehr; Meinungsforschungsinstitute und politische Kommentator_innen hatten dies schon lange vorhergesehen. Für einen Sieg im zweiten Wahlgang war die Hürde dennoch zu hoch, da es unmöglich schien, die »gläserne Decke«¹¹ der extremen Rechten zu durchbrechen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2022 hat diese gläserne Decke nun jedoch eindeutig Risse bekommen: Zum zweiten Mal in Folge erreichte Marine Le Pen den zweiten Wahlgang und der Stimmenabstand zwischen Le Pen und Emmanuel Macron, der 2017 noch 8 Millionen betragen hatte, schrumpfte auf 5 Millionen.

Die »Entdiabolisierung« zeigt ihre Wirkung nicht nur an den Wahlurnen, sondern auch in der öffentlichen Meinung. Nie zuvor wurde der RN in den Augen der Französischen und Franzosen so sehr banalisiert. Dieses Phänomen lässt sich anhand von Längsschnittdaten veranschaulichen: Der Aussage »Die Gesellschaft, für welche der RN eintritt, ist im Großen und Ganzen die Gesellschaft, in der ich leben möchte« stimmten im Wahljahr 2022 32 Prozent der Französischen und Franzosen zu – das entspricht einem Anstieg um fünf Prozentpunkte innerhalb nur eines Jahres.

5 In dieser Rede ehrte der rechtsextreme Parteichef die Revolutionsarmeen, die am 20. September 1792 die preußischen Streitkräfte besiegt hatten. Der Text der Rede ist verfügbar unter: <https://www.vie-publique.fr/discours/163460-discours-de-m-jean-marie-le-pen-president-du-front-national-sur-les-r>

6 Siehe: Beaudoux, Clara (2014): »Marine Le Pen condamne la «faute politique» de son père«, in: *France Info*, 8.6.2014, https://www.francetvinfo.fr/politique/marine-le-pen-condamne-la-faute-politique-de-son-pere_1689869.html

7 Siehe: Mestre, Abel (2015): »Détail de l'histoire: Marine Le Pen en «désaccord profond» avec son père«, in: *Le Monde*, 3.4.2015, https://www.lemonde.fr/politique/article/2015/04/03/detail-de-l-histoire-marine-le-pen-en-désaccord-profond-avec-son-pere_4609050_823448.html

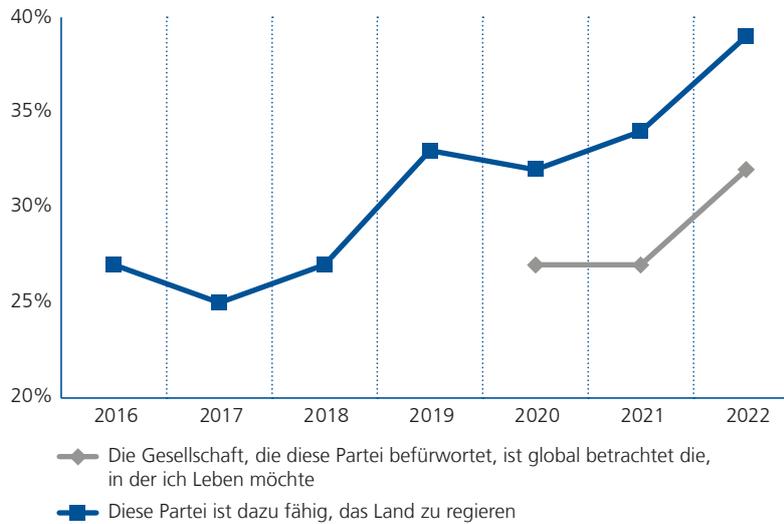
8 Vgl. Reungoat, Emmanuelle (2015): »Le Front national et l'Union européenne. La radicalisation comme continuité«, in: Crepon, Sylvain/Deze, Alexandre/Mayer, Nonna (Hrsg.): *Les faux-semblants du Front national. Sociologie d'un parti politique*, Paris, Presses de Sciences Po (Koll. »Académie«), S. 225–246.

9 Vgl.: Rouquie, Danielle (2019): »La sortie de l'euro (plus une priorité, selon Bardella (RN))«, in: *Reuters*, 14.1.2019, <https://www.reuters.com/article/france-rn-europeennes-idFRKCN1P812Q-OFBBS>.

10 Vgl.: »Les équipes de campagne de Valérie Pécresse ont recensé les «sympathies nazies» dans l'entourage d'Eric Zemmour«, in: *Atlantico*, 5.2.2022, <https://atlantico.fr/article/pepite/les-equipes-de-campagne-de-valerie-pecresse-ont-recense-les-sympathies-nazies-dans-l-entourage-d-eric-zemmour-marine-le-pen-nazis-seconde-guerre-mondiale-front-national-marine-le-pen-campagne-electorale-2022>

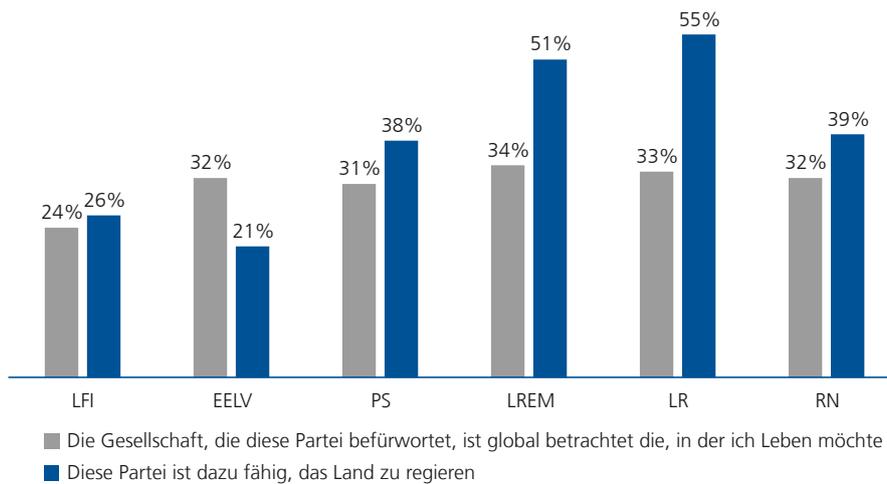
11 Als »plafond de verre« (»gläserne Decke«) wird in der politischen Debatte Frankreichs die vermutete Obergrenze des für den Rassemblement National erreichbaren Stimmenanteils bezeichnet (Anm. d. Hsg.).

Grafik 1:
Entwicklung der positiven Attribute, die mit der Rassemblement National in Verbindung gebracht werden*



* Die Daten stammen aus der Umfragenreihe *Fractures françaises*, die von IPSOS für die Jean-Jaurès- Stiftung durchgeführt wird.

Grafik 2:
Vergleich der positiven Attribute, die mit den wichtigsten französischen Parteien in Verbindung gebracht werden



Noch auffälliger ist, dass keine Partei wirklich besser abschneidet als der RN: Die Partei des französischen Präsidenten, *La République En Marche!* (LREM), übertrifft die RN in dieser Frage nur um zwei Prozentpunkte. Ein weiteres Attribut ist besonders aussagekräftig, nämlich die Fähigkeit der Partei, das Land zu regieren: 39 Prozent der Französischen und Franzosen trauen dem RN dies zu, was einem Anstieg um fünf Prozentpunkte innerhalb eines Jahres entspricht. Die anderen Parteien, insbesondere diejenigen des linken Spektrums, schneiden im Vergleich schlecht ab: Die RN übertrifft die linkspopulistische *La France insoumise* (LFI) und die französischen Grünen *Europe Écologie – Les Verts* (EELV) um 13 bzw. 18 Prozent und liegt sogar ein Prozent vor der Sozialistischen Partei (PS), obwohl diese vor sieben Jahren noch an der Regierung war.

Der Einzug von 89 RN-Abgeordneten in die Nationalversammlung nach den Wahlen 2022 kann als Folge der verschiedenen Phasen der diskursiven Normalisierung des RN interpretiert werden. Dieses Ergebnis stellt unbestreitbar einen Rekord dar. Zur Erinnerung: die Parlamentswahlen von 1986 waren damals ein politischer Paukenschlag, obwohl »nur« 35 rechtsextreme Abgeordnete ins Parlament einzogen. Die darauffolgende Legislaturperiode war von zahlreichen Provokationen geprägt, die von FN-Abgeordneten und natürlich von Jean-Marie Le Pen selbst ausgingen.

HALTUNG UND ABSTIMMUNGSVERHALTEN DES RN IM PARLAMENT

Nach ihrem Erfolg bei den Wahlen 2022 haben die neuen RN-Abgeordneten von ihrer Parteiführung die Anweisung erhalten, Provokationen und Ausfälle zu vermeiden, um sich als respektable Opposition zu präsentieren. Paradoxerweise schließt dieser Wunsch nach Respektabilität den Rückgriff auf eine aggressive Rhetorik gegen einen Teil ihrer politischen Gegner_innen nicht aus. So haben die Abgeordneten des RN häufig versucht, sich als verantwortliche Opposition zu zeigen, indem sie das Verhalten linker Abgeordneter als unangemessen anprangerten. Schon am Abend der Parlamentswahlen beschuldigte Jordan Bardella die linke Koalition NUPES, die Nationalversammlung in eine »zone à défendre« (zu verteidigende Zone) zu verwandeln.¹² Und der Abgeordnete Jean-Philippe Tanguy forderte die Abgeordneten der NUPES auf, »für Frankreich zu schweigen«, und bezeichnete sie als »rote Hofnarren des Königs Macron«.¹³

Zusätzlich zu dieser bissigen Rhetorik lösen die RN-Abgeordneten mitunter auch heftige Polemiken aus: Beispielhaft ist hierfür die Beleidigung des RN-Abgeordneten Grégoire de Fournas, der dem farbigen LFI-Abgeordneten Carlos Martens Bilongo in einer Debatte zurief »Kehr(t) nach Afrika zurück!«.¹⁴ Trotz dieser Spannungen versuchen die RN-Abgeordneten, sich als eine durch eine besondere Achtung vor den Institutionen geprägte »Musteropposition« zu präsentieren. Dies geht sogar so weit, dass sie Gesetzesvorhaben der Regierungsfraktion unterstützten.¹⁵

DAS UNBEHAGEN DER ANDEREN PARTEIEN

In vielerlei Hinsicht befinden sich die drei anderen politischen Blöcke (das Linksbündnis NUPES, das Lager des Präsidenten und die rechtsliberalen Republikaner) angesichts der massiven Präsenz des RN in der Nationalversammlung in einer äußerst komplizierten Lage. Strategisch und aus unterschiedlichen Gründen bewegen sich alle drei auf einem schmalen Grat und wissen nicht wirklich, welche Haltung sie einnehmen sollen. Da sie die Funktionsregeln der Nationalversamm-

lung nicht ändern wollen, um der rechtsextremen Partei eine Sonderbehandlung zukommen zu lassen, müssen sie innerhalb der bestehenden Regeln mit der massiven Präsenz des RN im Parlament zurechtzukommen.

Die NUPES: als Verbündete der Rassemblement National kritisiert

Aufseiten der Parteien der NUPES (PS, EELV, LFI, PCF) plädiert eine Mehrheit dafür, einen *Cordon sanitaire* gegenüber der radikalen Rechten aufrechtzuerhalten, wenn nicht sogar für deren »Rediabolisierung«. Die EELV-Abgeordnete Sandrine Rousseau erklärte beispielsweise, dass »es höchste Zeit ist, die RN zu rediabolisieren«¹⁶. Und der LFI-Abgeordnete Louis Boyard rechtfertigte seine Weigerung, die Abgeordneten der RN zu begrüßen, mit den Worten: »Angesichts der Pandemie von Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie respektiere ich lediglich die Schutzregeln.«¹⁷ Er beklagte auch, was er als zunehmende Normalisierung der Rechtspopulisten interpretierte: »Wie kommt es, dass das, was vor 20 Jahren anormal war, heute normal ist? Wo sind die Staatsmänner und -frauen, die sich wie Jacques Chirac und Simone Veil nie mit Rassismus oder Antisemitismus abfanden?«¹⁸

Obwohl die Ausgangsposition offensichtlich war, brachte die Funktionsweise des Parlaments die NUPES in eine schwierige Lage. Zwar tut diese inhaltlich und formal alles, um sich vom RN abzugrenzen, doch da beide Formationen die stärksten Oppositionsgruppen bilden, finden sich beide Blöcke manchmal auf derselben Seite in Opposition zur Regierung wieder. Die dadurch bedingte Unklarheit im Verhältnis zur RN-Fraktion zeigte sich wiederholt bei Abstimmungen über Misstrauensanträge gegen die Regierung. Als Premierministerin Elisabeth Borne in der Debatte über das Haushaltsgesetz Artikel 49-3 der Verfassung¹⁹ nutzte, antwortete die linke Opposition mit einem Misstrauensantrag. Doch anders als bei vorherigen Fällen schloss sich diesmal auch die Fraktion der RN diesem Misstrauensantrag an. Es kam also zu einem gemeinsamen Votum von NUPES und RN gegen die Regierung. Dies setzte die Linke heftiger Kritik seitens des Regierungslagers aus, die deren Verhalten als »zynisch« bezeichnete. Durch das gemeinsame Abstimmen mit der RN habe sich die Linke kompromittiert. Der LFI-Vorsitzende Jean-Luc Mélen-

¹² Siehe den Tweet von Jordan Bardella (@J_Bardella) vom 12.6.2022, verfügbar unter: https://twitter.com/j_bardella/status/1536065653068775427

¹³ Vgl.: «Silence pour la France !» : quand un député RN s'empporte contre la Nupes», in: *TF1 Info*, 22.7.2022, verfügbar unter: <https://www.tf1info.fr/politique/loi-pouvoir-d-achat-assemblee-nationale-silence-pour-la-france-quand-un-depute-rn-jean-philippe-tanguy-s-emporte-contre-la-nupes-2227202.html>

¹⁴ Vgl. «Qu'il(s) retourne(nt) en Afrique»: que s'est-il vraiment dit lors des échanges à l'Assemblée impliquant le député RN Grégoire de Fournas ?», in: *France Info*, 4.11.2022, verfügbar unter: https://www.francetvinfo.fr/politique/parlement-francais/assemblee-nationale/qu-il-s-retourne-nt-en-afrique-que-s-est-il-vraiment-dit-lors-des-echanges-a-l-assemblee-impliquant-le-depute-rn-gregoire-de-fournas_5457319.html

¹⁵ Vgl. Rousset, Alexandre (2022): «Pouvoir d'achat: la majorité a pu compter sur le vote des députés LR et RN», in: *Les Echos*, 22.7.2022, verfügbar unter: <https://www.lesechos.fr/politique-societe/politique/pouvoir-dachat-la-majorite-a-pu-compter-sur-le-vote-des-deputes-lr-et-rn-1778112>

¹⁶ Siehe den Tweet von Sandrine Rousseau (@sandrousseau) vom 28.6.2022, verfügbar unter: <https://twitter.com/sandrousseau/status/1541888768285650944>

¹⁷ Siehe den Tweet von Louis Boyard (@LouisBoyard) vom 29.6.2022, verfügbar unter: <https://twitter.com/LouisBoyard/status/1542127302443679745>

¹⁸ Siehe: «Le député Nupes Louis Boyard explique pourquoi il ne serre pas la main aux élus du Rassemblement national» in: *20 minutes*, 29.6.2022, verfügbar unter: <https://www.20minutes.fr/politique/3317791-20220629-depute-nupes-louis-boyard-explique-pourquoi-serre-main-elus-rassemblement-national>

¹⁹ Wenn die Regierung in der Nationalversammlung für ein Gesetzesvorhaben keine absolute Mehrheit erreicht, erlaubt der Artikel 49-3 der Verfassung, den Gesetzestext ohne Abstimmung anzunehmen. Der Opposition steht dann die Möglichkeit offen, einen Misstrauensantrag gegen die Regierung zu stellen. Wenn dieser mit absoluter Mehrheit angenommen wird, ist die Regierung zum Rücktritt gezwungen.

chon sah sich daraufhin zu der Klarstellung gezwungen, dass es »kein Bündnis mit dem RN« gebe.²⁰

Das Argument ist einfach, wenn auch kritikwürdig: Ein Misstrauensantrag ist kein Gegenentwurf zur Regierung. Möglicherweise haben Parteien, die sich für einen gemeinsamen Misstrauensantrag entscheiden, im Grunde nur eines gemeinsam, nämlich dass sie die Regierung ablehnen. Dennoch hat das Argument den Gremien der PS und der EELV offensichtlich zu denken gegeben, denn beide Parteien beschlossen anschließend, einen weiteren von LFI eingebrachten Misstrauensantrag, zu dem die RN-Abgeordneten wieder Zustimmung signalisiert hatten, nicht mehr zu unterstützen. Hier offenbarten sich also deutliche Diskrepanzen innerhalb der linken Opposition im Umgang mit der extremen Rechten.

Die traditionelle Rechte: diskursive und ideologische Durchlässigkeit gegenüber dem RN

Aufseiten der Republikaner (LR), der traditionellen Rechten, ist die Logik des *Cordon sanitaire* gegen den RN bereits seit der Amtszeit des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy aufgeweicht. Dass immer mehr Wähler_innen für den FN/RN stimmen, wird als Konsequenz einer Vernachlässigung des Themas öffentliche Sicherheit im Regierungslager begründet. Während der Kampagne zu den Präsidentschaftswahlen brandmarkten die Republikaner die erste Amtszeit von Emmanuel Macron als »die Amtszeit der Unsicherheit« dar.²¹ Ähnliche Vorwürfe waren auch an die PS gerichtet worden, als diese noch an der Regierung war. Zu Beginn der zweiten Amtszeit von Macron deutet alles darauf hin, dass die Diskurse zwischen LR und RN sich annähern. Als der progressive Intellektuelle Pap Ndiaye zum Bildungsminister ernannt wurde, beschuldigte der führende LR-Politiker Eric Ciotti diesen, ein »Anhänger des Islamo-Gauchismus«, ein »Linksislamist«, zu sein.²²

Das Regierungslager oder die schwierige »Weder-noch-Position«

Aufseiten der Präsidentenpartei – früher »*En Marche*«, inzwischen »*Renaissance*« – scheint eine Position des »doppelten *Cordon sanitaire*« vorzuherrschen. Dabei werden die radikale Rechte und die radikale Linke gleichgestellt und jeweils beschuldigt, extremen Positionen Vorschub zu leisten. Dies Strategie ist seit der Kampagne zu den Parlamentswahlen erkennbar. Am Wahlabend gab Premierministerin Elisabeth Borne der Entwicklung einer »beispiellosen Verwechslung

der Extreme« die Schuld für das für sie enttäuschende Ergebnis und kündigte an, dass »wir in Nichts nachgeben werden, weder der einen noch der anderen Seite gegenüber.«²³ Mit dieser Position sollte die Ablehnung der Logik der »republikanischen Front« im Falle eines Duells zwischen Kandidaten des RN und der NUPES begründet werden. Von Kandidat_innen des Regierungslagers war zu hören, dass ihnen »der Ausgang dieser Wahl zwischen einem Linksextremisten und einer Rechtsextremistin gleichgültig sei.«²⁴ Generell hieß es, man wolle »von Fall zu Fall« entscheiden, ob NUPES-Kandidat_innen, die in der zweiten Runde gegen Kandidat_innen des RN antraten, unterstützt werden sollten. Dies sollte davon abhängig gemacht werden, ob die Kandidat_innen der Linken »die Werte der Republik vertreten.«²⁵

Diese Gleichsetzung von extrem rechts und extrem links setzt sich heute in der Nationalversammlung fort, folgt jedoch nicht mehr derselben Logik: Während im Kontext des Wahlkampfes radikale Linke und Rechte jeweils im Namen des Kampfes gegen »die Extreme« abgelehnt wurden, scheint die aktuelle Haltung der Präsidentenpartei durch eine relative »Öffnung« sowohl gegenüber der NUPES als auch gegenüber dem RN gekennzeichnet zu sein. Aurore Bergé, die Vorsitzende der Renaissance-Fraktion rechtfertigt diese neue Linie wie folgt: »Wir sind nicht dafür verantwortlich, dass 89 Abgeordnete des Rassemblement National gewählt wurden. [...] Wir wurden gewählt, sie wurden gewählt, genauso wie die Abgeordneten von LFI gewählt wurden, und ich möchte noch einmal betonen, dass es meiner Meinung nach natürlich wichtig ist, dass alle von den Französischen und Franzosen gewünschten und gewollten Strömungen vertreten sein sollten.«²⁶

In Konsequenz dieser Positionierung des Regierungslagers wurden die RN-Abgeordneten Sébastien Chenu und Hélène Laporte mit Stimmen sowohl von den Republikanern als auch von Renaissance zu Vizepräsidenten_innen der Nationalversammlung gewählt: Sie erhielten 290 bzw. 284 Stimmen, was ihren Erfolg bereits im ersten Wahlgang sicherte.²⁷ Dies linke Opposition warf daraufhin der Präsidentenpartei

20 Vgl. Paul Barcelonne (2022): »Motion de censure défendue par la Nupes: il n'y a pas eu de réécriture du texte pour obtenir les voix du Rassemblement national«, in: *Radio France*, 27.10.2022, https://www.francetvinfo.fr/politique/parlement-francais/assemblee-nationale/motion-de-censure-defendue-pas-la-nupes-il-n-y-pas-eu-de-reecriture-du-texte-pour-obtenir-les-voix-du-rassemblement-national_5443378.html.

21 Siehe den Tweet von Les Republicains (@lesRepublicains), verfügbar unter: <https://twitter.com/lesrepublicains/status/1480614632893071360>

22 Vgl.: Sugy, Paul (2022): »Pap Ndiaye à l'Education nationale : la droite fulmine, l'extrême gauche s'incline«, in: *Le Figaro*, 21.5.2022, verfügbar unter: <https://www.lefigaro.fr/politique/pap-ndiaye-a-l-education-nationale-la-droite-fulmine-l-extreme-gauche-s-incline-20220521>

23 Vgl.: Gatinois, Claire (2022): »Législatives 2022 : le camp macroniste se divise sur le front républicain face au RN«, in: *Le Monde*, 14.6.2022, https://www.lemonde.fr/elections-legislatives-2022/article/2022/06/14/legislatives-2022-le-camp-macroniste-se-divise-sur-le-front-republicain-face-au-rn_6130214_6104324.html

24 Vgl.: Horn, Alexandre (2022): »Législatives: face au Rassemblement national, l'érosion du front républicain«, in: *Libération*, 15.6.2022, verfügbar unter: https://www.liberation.fr/checknews/legislatives-face-au-rassemblement-national-lerosion-du-front-republicain-20220615_EFVNOT4QKVD03FVQRVXSCLM5YE/

25 Vgl.: »Législatives: en cas de duel Nupes/RN, LREM donnera des consignes de vote «au cas par cas», in: *Europe 1*, 12.6.2022, verfügbar unter: <https://www.europe1.fr/politique/legislatives-en-cas-de-duel-nupesrn-lrem-donnera-des-consignes-de-vote-au-cas-par-cas-4117103>

26 Siehe in: »Assemblée Nationale : deux députés RN élus à la vice-présidence«, in: *YouTube*, verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=N1h3JIZO3X4>

27 Vgl. Lamothe, Jérémie/Darame, Mariama/Belouezzane, Sarah (2022): »A l'Assemblée nationale, l'inexorable normalisation du Rassemblement national après l'obtention de deux vice-présidences«, in: *Le Monde*, 30.6.2022, verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/politique/article/2022/06/30/a-l-assemblee-nationale-l-inexorable-normalisation-du-rassemblement-national-apres-l-obtention-de-deux-vice-presidences_6132649_823448.html

vor, sich zum »Trittbrett« der extremen Rechten zu machen. Das Rassemblement National interpretierte ihrerseits den erreichten Zugang zur Vizepräsidentschaft des Parlaments als Anerkennung seiner Achtung der Institutionen ».²⁸

In der Regierungspartei bleibt jedoch eine gewisse Ambivalenz hinsichtlich des Grades der institutionellen Normalisierung bestehen, die man dem RN zugestehen will. So gewann beispielsweise der FI-Abgeordnete Éric Coquerel im dritten Wahlgang die Wahl zum Vorsitzenden des Finanzausschusses gegen seinen Mitbewerber vom RN, Jean-Philippe Tanguy. Die Mehrheit der Abgeordneten des Regierungslagers enthielt sich bei diesem Wahlgang der Stimme. Allerdings verfolgt Renaissance bei parlamentarischen Änderungsanträgen eine konsequente Strategie des Ausschlusses sowohl der RN-Abgeordneten als auch der von LFI. So befasste das Regierungslager sich bspw. bei den Debatten über das Haushaltsgesetz im Oktober 2022 mit rund hundert Änderungsanträgen der Opposition, schloss dabei jedoch systematisch die von den beiden zuvor genannten Gruppierungen eingebrachten Anträge aus.²⁹

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Eines ist sicher: Seit dem Einzug von 89 Abgeordneten des RN in die französische Nationalversammlung im Juni 2022 ist der Kampf gegen diese Partei von sehr ungleichen Strategien geprägt. Einerseits gibt es bei zahlreichen Themen offensichtliche ideologische Übereinstimmungen zwischen *Les Républicains* und der radikalen Rechten, andererseits stellen zahlreiche Vertreter_innen der Regierungsmehrheit die radikale Rechte und bestimmte linke Gruppierungen wie LFI gleich. Zudem bewirken die institutionellen Mechanismen des Parlaments bisweilen, dass die linke Opposition sich auf derselben Seite wie der RN wiederfindet. Offenkundig ist die massive Präsenz der RN in der Nationalversammlung vor dem Hintergrund, dass das Regierungslager über keine absolute Mehrheit verfügt, den meisten politischen Gruppierungen ein Dorn im Auge; denn sie wissen nicht genau, welche Haltung sie gegenüber dem RN einnehmen sollen. Die Episode um die Misstrauensanträge im Oktober 2022 hat zudem gezeigt, wie sehr diese strategische Herausforderung die Stabilität bestimmter politischer Blöcke wie der NUPES gefährden kann. Die Frage, wie man sich gegenüber den Abgeordneten des RN verhalten soll, führt darüber hinaus zu internen Differenzen in der Partei des Präsidenten. Dort

bleibt eine gewisse Ambivalenz hinsichtlich des Grades der institutionellen Normalisierung, die der radikalen Rechten zugestanden werden soll, bestehen. Gleichwohl bleibt für Vertreter des linken Flügels der Macronisten die institutionelle Normalisierung des RN weiterhin ein Tabu. So stellte François Patriat, Fraktionsvorsitzender von Renaissance im Senat, fest: »Verhandlungen oder Kompromisse mit dem RN sind für uns völlig ausgeschlossen. Das ist eine Frage der politischen Linie.«³⁰

Die Banalisierung des RN im Parlament ist Folge der seit mehreren Jahren von Marine Le Pen betriebenen Strategie der »Entdiabolisierung«, die sich nun in der Nationalversammlung in verbale und nonverbale Kommunikationselemente übersetzt (z. B. die Verpflichtung für RN-Abgeordnete, Anzug und Krawatte zu tragen). Die doppelte Dynamik der Entdiabolisierung und Banalisierung ist besorgniserregend. Eine kürzlich vom IFOP-Institut durchgeführte Umfrage, in der die Fragen vor der Präsidentschaftswahl wiederholt wurden,³¹ ergab folgende Ergebnisse: Marine Le Pen würde heute in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen mit 30 Prozent der Stimmen in Führung liegen, was einem Anstieg um 6,5 Prozentpunkte seit April 2022 entspräche. Im zweiten Wahlgang würde sie sogar 47 Prozent der Stimmen erhalten und damit innerhalb der Fehlermarge für einen Sieg liegen.

Den Kampf gegen rechtsextreme Ideen nicht aufzugeben, bleibt daher eine zwingende Herausforderung. Auch wenn das RN sich heute in einem akzeptableren Gewand präsentiert, darf man sich nicht davon täuschen lassen, was diese Partei in ihrem Innersten ausmacht. Vor allem muss man sich darüber im Klaren sein, dass die Unzufriedenheit mit der Funktionsfähigkeit der derzeitigen politischen Institutionen in Frankreich der Nährboden für die Stimmen des RN ist. Derartige Bedenken zu berücksichtigen, ist von entscheidender Bedeutung, denn je mehr ein politisches Regime auf die Erwartungen derjenigen eingeht, die es vertritt, desto geringer ist deren Wunsch, die aktuelle Situation radikal zu verändern.

²⁸ Der neu gewählte Parlaments-Vizepräsident Chenu selbst erklärte: »Die Abgeordneten der Rassemblement National respektieren die Institutionen, in denen sie tätig sind. Sie respektieren sie in Bezug auf ihre Vorgänger, respektable Parlamentarier, aber auch angesichts der Millionen von Stimmen, die sie vertreten, der Millionen von Franzosen, die gehört werden wollen. Vgl.: »Nous ne sommes pas élus pour bloquer la machine», assure Sébastien Chenu«, in: *Europe 1*, 12.7.2022, verfügbar unter: <https://www.europe1.fr/politique/nous-ne-sommes-pas-elus-pour-bloquer-la-machine-assure-sebastien-chenu-4122849>

²⁹ Vgl.: »49.3: Ces amendements que le gouvernement a retenus (ou pas) pour son budget«, in: *Le HuffPost*, 19.10.2022, verfügbar unter: https://www.huffingtonpost.fr/politique/article/49-3-ces-amendements-que-le-gouvernement-a-retenus-ou-pas-pour-son-budget_209182.html

³⁰ Vgl.: Vignal, François (2022): »Ces députés LREM prêts à discuter avec le RN pour trouver des majorités à l'Assemblée«, in: *Public Sénat*, 21.6.2022, verfügbar unter: <https://www.publicsenat.fr/article/politique/ces-deputes-lrem-prets-a-discuter-avec-le-rn-pour-trouver-des-majorites-a-l>

³¹ Siehe: <https://www.ifop.com/wp-content/uploads/2022/11/119560-Rapport-JDD.pdf>. Dabei ist aber zu beachten, dass eine solche Umfrage natürlich nicht die den Präsidentschaftswahlkampagnen eigene Dynamik berücksichtigt.

DIE AfD: PARLAMENTARISCHE PRÄSENZ UND DEMOKRATISCHE GEGENREAKTIONEN

Wolfgang Schroeder

DIE POLITISCHE IDENTITÄT DER AfD UND IHR GRAD AN RADIKALITÄT

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist Teil einer sich verändernden politischen Konstellation, in der sich Politikinteresse, gesellschaftliche Konfliktverhältnisse, Protestverhalten und Parteien in Deutschland seit einigen Jahren neu ordnen. Im Zentrum der wissenschaftlichen Debatte stehen Überlegungen, die die AfD als Phänomen der Modernisierungsverlierer_innen oder als Ausdruck einer neuen gesellschaftlichen Spaltungslinie identifizieren, welche auf tiefgreifende Konflikte zwischen Kosmopolitismus contra Kommunitarismus zurückgehe. Im Hinblick auf die AfD-Anhängerschaft lässt sich der Zulauf zu dieser Partei vor allem folgendermaßen erklären: Erstens als Antwort auf eine weit verbreitete Verunsicherung, bei der sich die negativen Folgen der wirtschaftlichen und technologischen Globalisierung sowie die Angst vor Fremden in einer diffusen Melange verbinden, die durch eine neue Politik der Emotionalisierung und Fundamentalopposition beantwortet wird. Zweitens, indem die Partei diese emotional mobilisierende Herangehensweise an die reklamierten Ängste dazu nutzt, um einen problematischen Rückzug auf die Interessen der deutschen Bevölkerung zu propagieren. Dabei wird die Europäische Union als Irrweg deklariert, dem die AfD ein nationalistisch aufgeladenes Verständnis der Schutzmacht des nationalen Staates gegenübergestellt.

Am 14. April 2013 wurde die AfD als euroskeptische Partei gegründet. Mit ihrer euroskeptischen Perspektive versuchte sie eine thematische Repräsentationslücke zu schließen und knüpfte damit an diverse Vorgängerorganisationen an, die weit in die 1990er Jahre zurückreichten. Doch bereits in der Gründungskonstellation waren Akteure mit an Bord, die insbesondere in den Themenfeldern Zuwanderung, Migration und einer revisionistischen Deutung der deutschen Geschichte den Schulterchluss mit rechten bis rechtsextremen Kräften ermöglichten. Schon vor der sogenannten »Flüchtlingskrise« 2015 kam es zu einem sich dramatisch zuspitzenden Führungskampf um die zukünftige Ausrichtung der AfD. Ein wichtiger Markstein bildete hierbei die im März 2015 unter Führung von Björn Höcke veröffentlichte »Erfurter Erklärung«. Damit trat der rechte Flügel erstmals ins Rampenlicht, um öffentlich eigene innerparteiliche Ansprüche in der AfD anzumelden. Ziel war es, die AfD als Widerstandsbewegung gegen den Status quo zu etablieren, um »nicht zu einer tech-

nokratisch ausgerichteten Partei« zu werden, sondern »eine grundsätzliche politische Wende in Deutschland« (Bender 2017, S. 102) zu befördern. Der Essener Parteitag im Juli 2015 »versinnbildlichte (...) den Rechtsruck der Partei« (Häusler und Roeser 2015, S. 125) vollends. Dieser Rechtsruck war von Anfang an sehr stark durch die ostdeutschen Landesverbände geprägt, die sich 2014 durch ihre Wahlerfolge in den drei östlichen Bundesländern legitimiert sahen, den Kurs der AfD maßgeblich zu bestimmen. Die vielfältigen, zuweilen außerordentlich hart geführten innerparteilichen Querelen sind einerseits eine eher zwangsläufige Begleiterscheinung einer noch jungen, im raschen Aufbau begriffenen Partei, deren Personal es an Erfahrung und Professionalität mangelt und die über kein anerkanntes Steuerungszentrum verfügt. Andererseits speisen sich die Spannungen in der AfD daraus, dass ihre innere Koalition zwischen gemäßigten und radikalen Kräften zwei Positionen zusammenbrachte, die zwar um des Erfolges Willen aufeinander angewiesen, deren konkrete Werte, Ziele und Instrumente jedoch nicht kompatibel sind.

Bis Ende August 2015 verließ rund ein Fünftel der damals rund 21.000 Mitglieder die Partei, darunter auch ehemalige Führungskräfte wie Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel. Eine Weile sah es so aus, als würde die AfD das gleiche Schicksal erleiden wie alle rechten Vorläuferorganisationen, die nämlich meist an ihren inneren Widersprüchen scheiterten und bald für den Parteienwettbewerb unbedeutend wurden. Im Falle der AfD erfolgte mit der sogenannten »Flüchtlingskrise« jedoch eine unerwartete Wende. Hierzu der spätere Vorsitzende Alexander Gauland: »Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise« (dpa 2015).

Zwischen 2013 und 2017 gelang der AfD der Einzug in 14 Landtage. Bei der Bundestagswahl 2017 konnte sie mit 12,6 Prozent der Wähler_innenstimmen sogar rund sechs Millionen Zweitstimmen auf sich vereinen; 2021 waren es dann 10,8 Prozent und rund fünf Millionen Zweitstimmen. Da zugleich klar geworden war, dass dieser Aufschwung und die folgende Konsolidierung trotz oder vielleicht sogar wegen der Entwicklung nach rechts erreicht werden konnte, wurde der Platz für moderatere Positionen in der AfD kleiner. Die Austritte der ehemaligen Vorsitzenden Frauke Petry (2017) und Jörg Meuthen (2021) drücken diese Entwicklung aus.

Die AfD wird hier als rechtspopulistische Partei verstanden, die zum Teil eng mit rechtsextremen Einstellungen und Netzwerken verbunden ist. Ihre Vorgehensweise setzt an bestehenden gesellschaftlichen Spaltungen und Polarisierungen an, um das politische System grundlegend unter Druck zu setzen. Die AfD verfolgt im Kern eine antipluralistische Konzeption von Gesellschaft, die sowohl eine Polarisierung zwischen Bevölkerung und Establishment wie auch zwischen der deutschen und der nichtdeutschen Bevölkerung ins Zentrum ihrer Ideen- und Ordnungswelt rückt. Gleichwohl insistiert sie darauf, eine Vorkämpferin für echte Meinungsfreiheit zu sein. Dabei geht es aber nicht um die Breite der Interessen und Meinungen, sondern darum, die Präsenz und den Einfluss rechter Positionen im öffentlichen Kontext zu stärken und zu normalisieren.

Sah es anfangs so aus, als sei die AfD eine Partei, die ihre Kraft allein aus dem Anti-EU-Thema zieht, so haben ihre Wandlungen dazu geführt, dass sie verschiedene Politikfelder eindimensional verbindet und entsprechende Thematiken emotionalisiert und radikalisiert: sei es die Europa-, Migrations- oder Sicherheitspolitik oder eine konservative Familien- und Gesellschaftspolitik. Politische, wirtschaftliche und soziale Themen erweisen sich dann als interessant für die AfD, wenn sie geeignet sind, Ängste und Befürchtungen zu schüren und zu emotionalisieren. Sie knüpft an polarisierbare Interessen und Gefühlslagen an. Dabei versteht sie sich meist als die einzige echte Oppositionskraft und Vertreterin eines homogenen Volkswillens. Auf diese Weise erhebt die AfD den Anspruch, für einen Teil der Bevölkerung eine Repräsentationslücke zu schließen.

Durch ihre Präsenz in den Parlamenten wird nicht nur der parlamentarische Parteienwettbewerb komplexer und das Ringen um Kompromisse schwieriger, sondern sie trägt mit ihren vermeintlichen Rezepten zur Problemlösung tatsächlich zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft bei. Insofern ist die AfD Ausdruck gegenwärtiger, tiefer gesellschaftlicher Widersprüche und Übergänge, womit sie an Unzufriedenheit und Benachteiligung in Teilen der Bevölkerung anknüpfen kann. Auf politischer Ebene erscheint sie durch ihre antipluralistischen Versatzstücke immer wieder als systemsprengendes, demokratiegefährdendes Sammelbecken, das die verfassungsmäßigen Grundlagen des Systems mit reaktionären Inhalten (anti-egalitär, ethno-nationalistische Agenda, Anti-Gender, gegen kulturellen Pluralismus sowie universelle Menschen- und Grundrechte) und populistischen Praktiken zu torpedieren versucht.

Die AfD war und ist eine breite Projektionsfläche für Unzufriedenheit unterschiedlicher Art. Die Bandbreite reicht von bürgerlichen Parteigänger_innen, die sich von CDU und FDP nicht mehr vertreten sahen, über enttäuschte Wähler_innen der Linken und der Sozialdemokrat_innen und Pegida-Anhänger_innen bis hin zur Identitären Bewegung sowie weiteren rechtsextremen Akteuren. Auffallend ist, dass die Transformation von den Bewegungen in die Partei gelungen ist, ohne die Verbindungen zu den bewegungsbezogenen eigenen Wurzeln gänzlich abzulegen. Vielmehr verbindet die AfD bis auf den heutigen Tag Elemente einer klassischen

mitglieder- und funktionärsbasierten Partei mit einer bewegungsorientierten Struktur. Damit zeichnet sie sich durch den für populistische Parteien typischen Doppelcharakter aus (vgl. Schroeder et al. 2017, 55 ff.).

DIE AfD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG UND IN DEN LANDESPARLAMENTEN

Seit dem Einzug der AfD in den Bundestag im Jahre 2017 ist die Kommunikation im Parlament rauer geworden. Vor allem dadurch, dass die AfD-Fraktion auf eine Polarisierung, Skandalisierung und Emotionalisierung der Debatten setzt. Dabei geht es ihr nicht nur darum, ihre Themen stark zu machen, sondern vor allem zielt sie darauf, die etablierten Parteien zu diskreditieren und damit die pluralistische Demokratie zu delegitimieren (vgl. Ruhose 2019, S. 11). So sucht die AfD bspw. durch das Auslachen von SprecherInnen der anderen Parteien deren Äußerungen zu diskreditieren: »Im Bundestag dominiert Lachen als Mittel der Distinktion, Selbsterhebung und Erniedrigung des Gegners. Der politisch Andere, seine Argumente werden verlacht, lächerlich gemacht und die AfD setzt »die »Waffe« des Lachens als Mittel der Distinktion, Selbsterhebung und Erniedrigung des Gegners sehr viel häufiger ein als die anderen Fraktionen« (Brunner et al. 2019, zitiert nach Heinze 2022, S. 145).

Kernthemen, mit denen die AfD auftritt, sind vor allem:

- Ausländerpolitik und Zuwanderung: Die AfD will die Ängste der Menschen ins Parlament bringen. Dazu verknüpft sie das Dauerthema Migration auch mit anderen, beispielsweise der Entwicklungszusammenarbeit. In einem Antrag forderte sie die Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit mit zahlreichen Staaten. Ihr zentrales Ziel sind jedoch die Rückführungen von MigrantInnen und die Einstellung der Finanzierung privater Flüchtlingshilfe. Außerdem kritisieren AfD Anhänger_innen regelmäßig den Islam und machen Musliminnen für Deutschlands Antisemitismusproblem verantwortlich (vgl. PlPr. 19/102: 12483, zitiert nach Ruhose 2019).
- Sicherheit: Die AfD proklamiert eine vermeintliche Bedrohung durch islamistische Gefährder_innen und ausländische Clans. Als größte Gefahr für Deutschland sieht sie jedoch den Linksextremismus an. In Bezug auf die Bundeswehr fordert die AfD eine Beendigung laufender Auslandseinsätze.
- Europapolitik und Europäische Union: Die Euroskepsis, das Gründungsmerkmal der AfD, wurde im Laufe der Zeit weiter radikalisiert. Heute fordert sie den Austritt der Bundesrepublik aus der Europäischen Union, sowie deren Auflösung. Folglich lehnt sie den Euro ab und strebt eine Rückkehr zur Deutschen Mark an. Die Widersprüchlichkeit ihrer Forderungen wird daran erkennbar, dass die AfD sich dennoch eine Europäische Union als Wirtschaftsgemeinschaft wünscht.

- Klimawandel: Umweltschutz stellt für die AfD ideologisch getriebene Klimaschutzpolitik dar. Demzufolge lehnt sie die Energiewende ab und fordert stattdessen den Schutz von Arbeitsplätzen in fossilen Energiesektoren. Weil sie den schädlichen Einfluss von CO₂ leugnet, fordert sie die Aufkündigung des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015.

Neben diesen zentralen Achsen konzentriert sich die AfD auf solche Themen, die mit vielen Ängsten besetzt sind oder besetzt werden können. Hinzu kommen als Querschnittsthemen die Topi Elitenkritik und populistisches Demokratieverständnis, Anti- »Genderismus« und völkische Erinnerungsarbeit.

Vor dem Hintergrund dieser thematischen Profilbildung tritt die AfD als Oppositionspartei in den Länderparlamenten und im Bundestag auf. Die Aufgabe der Opposition im deutschen Bundestag ist es, die Regierung zu kontrollieren und ihre Schwachstellen öffentlichkeitswirksam anzuprangern. In ihrer parlamentarischen Praxis – primär in den öffentlichen Plenardebatten – konzentriert sich die AfD auf gezielte Provokationen, die sodann vielfältig medial inszeniert werden. Dafür nutzen sie auch das Instrument der Zwischenfrage, um andere Abgeordnete zu stören, überproportional häufig. Während es in der 18. Wahlperiode des Bundestages zwei Ordnungsrufe gab, waren es in der 19. Wahlperiode, der ersten Wahlperiode des Deutschen Bundestages, in dem die AfD vertreten war, 49 Ordnungsrügen, wovon 32 an die AfD gingen.

Indem die AfD-ParlamentarierInnen regelmäßig gezielt andere Parlamentsredner_innen stören und zu emotionalen Äußerungen motivieren, produzieren sie zugleich nutzbares Material für ihre Social-Media-Aktivitäten, um ihren eigenen öffentlichkeitswirksamen Auftritt zu verstärken. In diesem Sinne nutzen AfD-Abgeordnete das Parlament als »Bühne«, um sich vor den eigenen Anhänger_innen als »Opfer« der sie ausgrenzenden »Altparteien« zu inszenieren und ihre eigene mediale Aufmerksamkeit zu steigern (vgl. Schroeder, Wessels und Berzel 2018, S. 99). Dagegen spielen Vorschläge, die zur tatsächlichen Lösung aktueller Probleme mit den gegebenen Mitteln geeignet wären, kaum eine Rolle (vgl. Heinze 2020, S. 146).

Neben der öffentlichen Rede im Plenum gibt es vielfältige weitere Kontroll- und Thematisierungsinstrumente in der parlamentarischen Praxis. Ein wichtiges Instrument sind Gesetzgebungsanträge. Auch wenn Anträge der AfD weder von den Regierungsfraktionen noch von den anderen Oppositionsparteien aufgegriffen werden, haben diese Entwürfe doch den Zweck, ihre inhaltlichen Vorstellungen öffentlichkeitswirksam zu thematisieren und sich damit als politische Alternative zu positionieren (vgl. Sebaldt 1992).

Die deutschen Parlamente stechen letztlich weniger durch ihre Rolle als Rede-, denn als Ausschuss- und Arbeitsparlamente hervor. Dabei zeigt sich, dass die AfD den Ausschüssen für ihre eigene Arbeit nur eine geringe Bedeutung beimisst: So hat sie bspw. in Sachverständigenanhörungen der 19. Wahlperiode von 34 Anhörungen nur neun Mal eine(n) eigenen

Sachverständige(n) benannt. Die AfD arbeitet sich nur in die Themen ein, die ein Potential haben, öffentliche Debatten zu generieren.

Da für die Strategie der AfD die Arbeit in den nichtöffentlichen Ausschüssen wenig Nutzen verspricht, sucht sie auch für dieses Format mehr Öffentlichkeit herzustellen. Ein wiederkehrendes Muster in vielen Landtagen ist die Forderung der AfD nach mehr Transparenz in der Ausschussarbeit der Parlamente. So sprach sich die AfD vielfach für öffentliche Sitzungen der Ausschüsse aus, was verschiedene Geschäftsordnungen der Landtage nicht im Regelfall vorsehen (vgl. Schroder, Wessels und Neusser, et al. 2017, 19).

Als wesentliche Merkmale der parlamentarischen Arbeit der AfD können festgehalten werden:

Die AfD ist aktiv in Parlamentsplenarien, aber sehr zurückhaltend in Ausschüssen: Die Fraktionen verweigern sich keineswegs der Mitarbeit im Plenum, sondern sehen dieses ganz im Gegenteil als ihre Bühne in Richtung der eigenen Anhängerschaft. Anders sieht es in den Ausschüssen aus, wo sich in vielen Fällen eine unauffällige oder sich gar durch Abwesenheit auszeichnenden Arbeitsweise zeigt.

- Die AfD setzt auf bildorientierte Inszenierung und nutzt Onlinemedien als zentrales Kommunikationsmedium: Sie hat eine schlagkräftige online-Kompetenz aufgebaut, um die Kommunikation über die sozialen Netzwerke oder Online-Zeitungen, die in hohem Maße von AfD-Anhänger_innen genutzt werden, in ihrer Wirkung zu verstärken. Durch Aktionen wie das Posten von Fotos eines leeren Plenarsaals vor Sitzungsbeginn will die AfD die Glaubwürdigkeit in demokratische Institutionen untergraben. Zudem sind Provokationen im Parlament ein zentrales Mittel: Diese werden sogar bewusst von der AfD genutzt, da nichts zu mehr Legitimation verhelpe als negative Reaktionen der etablierten Parteien auf die AfD.
- Die AfD setzt auf Vereinseitigung, Abwertung, Selbstverharmlosung und Polarisierung: Die inhaltlich, diskursive Strategie kann mit den Begriffen der Vereinseitigung (vereinfachte Position), Abwertung (der demokratischen, politischen Kultur), Selbstverharmlosung (sich als bürgerlich, konservativ darstellen) und polarisierende Vorgehensweise (oben gegen unten, Volk gegen Elite) umschrieben werden.

REAKTIONEN DER DEMOKRATISCHEN KRÄFTE

Nicht zuletzt von den Reaktionen der anderen Parteien und Akteure hängt ab, welchen Einfluss die AfD letztlich ausüben kann. Dabei lassen sich – jenseits der konkreten inhaltlichen Auseinandersetzung – insbesondere drei zentrale Gegenreaktionen identifizieren:

Erstens die *Strategie des Ignorierens*. Dabei geht es darum, nicht jede Provokation der AfD direkt und öffentlichkeitswirksam zu beantworten. Dies bedeutet, dass nicht jede Äußerung direkt und kraftvoll beantwortet werden muss, wenn offensichtlich ist, dass die damit intendierte Provokation nur auf spezifische Resonanzen wartet, um diese wieder zu multiplizieren. Ziel dieser Strategie ist es, die Aufmerksamkeit für die AfD nicht zusätzlich zu befördern. Damit soll auch verhindert werden, dass sich die AfD als Opfer stilisieren kann. Hinzu kommen konkrete Absprachen darüber, dass auf Anträge der AfD nur ein(e) Abgeordnete(r) reagieren sollte, um so die Resonanz der AfD einzuschränken (vgl. Schroeder, Wessels und Neusser, et al. 2017, S. 52).

Zweitens gibt es die *Strategie der koordinierten, informellen Ausgrenzung*. Dazu zählt bspw. die Nichtwahl von AfD-Abgeordneten in Ämter, die dieser Partei durchaus zustehen wie bspw. das Amt des stellvertretenden Parlamentspräsidenten. Bei der Besetzung von Ämtern und Positionen im Parlament hat die AfD zwar das Benennungs-, nicht aber das Durchsetzungsrecht. Denn die anderen Parteien machen die persönliche Eignung analog zur politischen Biografie zu einem entscheidenden Kriterium, ob die vorgeschlagenen KandidatInnen für die auszuführende Aufgabe in einem Gremium akzeptiert werden können. Auf Länderebene hat dies in den meisten Fällen zu wiederholten Wahlgängen geführt; vor allem in den sichtbaren und sicherheitsrelevanten Positionen (Landtagsvizepräsident_in, parlamentarische Kontrollkommissionen etc.). So wurden beispielsweise in Brandenburg mehrfach AfD-Kandidat_innen für die parlamentarische Kontrollkommission abgelehnt, weil man vor dem Einzug der AfD in den Landtag darauf verständigt hatte, dass Mitglieder dieser Kommission keine rechtsextreme Vergangenheit haben dürfen (vgl. Schroeder, Wessels und Neusser et al. 2017, S.51).

Nach einem informellen Konsens, der historisch bis in die Weimarer Zeit zurückreicht, wird die Bundestagspräsident_in von der größten Fraktion gestellt (§ 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundestags). Zudem stellt jede Fraktion mindestens eine *Vizepräsident_in* (§ 2 Abs. 2-3). Trotz dieser Regelung gibt es erhebliche Widerstände, Mitglieder neuer Bundestagsfraktionen ins Präsidium aufzunehmen. Das traf auf die Grünen zu, die erstmals 1983 in den Bundestag eingezogen sind, aber erst 1994 eine Vizepräsident_in stellten. Ähnlich war es bei der PDS/Linkspartei, die erstmals 1991 in den Bundestag einzog und erst 2006 ein Vizepräsident_innenamt erhielt. Als die AfD 2017 in den Bundestag einzog, wiederholte sich dieses Muster: Alle Kandidat_innen, die die AfD-Fraktion bisher ins Rennen schickte, wurden in mehreren Wahlgängen von einer deutlichen Mehrheit des Bundestages abgelehnt, weshalb es bei sechs anstelle der eigentlich sieben vorgesehenen Vizepräsident_innen geblieben ist.

Die dritte *Strategie* zielt auf eine *formaljuristische Ausgrenzung*, indem bspw. die Bedingungen der Geschäftsordnung so verändert werden, dass sich die Handlungsbedingungen der AfD negativ beeinflusst werden. Ein Beispiel für die formaljuristische Ausgrenzung ist die Änderung der Geschäftsordnung vom März 2017. Diese betrifft den oder

die *Alterspräsident_in*, die die konstituierende Sitzung des Bundestages bis zur Wahl der Präsident_in leitet. War dieses Amt zuvor nach Lebensalter besetzt worden, so wurde nun das parlamentarische Dienstalster zum entscheidenden Kriterium. So sollte bereits im Vorfeld verhindert werden, dass ein Mitglied der AfD-Fraktion den 19. Deutschen Bundestag eröffnet. Diese Neuregelung wurde im Parlament und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Änderungen der Geschäftsordnung gab es auch auf der Ebene der Länderparlamente (vgl. Heinze 2020, S. 154–156). So wurde 2016 die Geschäftsordnung des rheinland-pfälzischen Landtags verändert, indem die Anzahl der Landtagsvizepräsident_innen von drei auf zwei reduziert wurde. In eine ähnliche Richtung weist auch die veränderte Größe bei der Besetzung der Fachausschüsse im Landtag, die so verändert wurde, dass die kleineren Parteien nur je einen Sitz im Fachausschuss erhalten. Versuche der AfD diese Veränderungen beim Landesverfassungsgericht anzufechten, scheiterten.

Ein Beispiel für eine Abweichung von dieser Linie stellt die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen am 5. Februar 2020 mit Stimmen der AfD dar. Im dritten Wahlgang setzte sich der FDP-Politiker gegen den bisherigen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow von den Linken durch. Die Wahl stellte einen Skandal dar, weil erstmals die Stimmen der AfD einem Ministerpräsidenten ins Amt verholfen hatten. Infolge der Welle empörter Kritik an diesem Vorgang – angeführt durch die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel – trat Kemmerich jedoch am dritten Tag nach seiner Wahl zurück. Als Reaktion auf dieses Ereignis einigten sich die demokratischen Parteien informell darauf, dass man nur dann mit der AfD gemeinsam abstimmen könne, wenn auch ohne ihre Stimmen eine Mehrheit erzielt werden könne.

RESÜMEE

Auch wenn das Nebeneinander von Partei- und Bewegungskritik einen Teil der Stärke der AfD ausmacht, liegt in der enormen innerparteilichen Heterogenität, vor allem in den Richtungskämpfen zwischen den parlamentsorientierten und den stärker »bewegungsorientierten« Akteur_innen ein erhebliches Konfliktpotenzial. Die parlamentsorientierten Fraktionen verfolgen das Ziel, im Parteiensystem einen dauerhaften Platz rechts von der Union (CDU/CSU) einzunehmen, der ihnen nach Sartori (1976) perspektivisch nicht nur Erpressungspotential, sondern möglicherweise sogar Koalitionspotential verschaffen könnte. Die »Bewegungsorientierten« in der AfD sind, wie der Name schon deutlich macht, von der Idee der sozialen Bewegung geprägt (vgl. Rucht 1987). Sie wollen nicht koalitionsfähig werden, sondern ihr Erpressungspotenzial ausspielen, um die Richtung des Parteienwettbewerbs zu beeinflussen. Die von der AfD vertretene Elitenkritik (»Wir gegen die da oben«) verbindet diese unterschiedlichen Strömungen. In Fragen der Gesellschaftspolitik fordert die Partei eine Begrenzung der Zuwanderung, unterstützt eine homogene Nationalkultur und vertritt traditionelle Positionen in der Geschlechter- und Familienpolitik. In der Demokratiewissenschaft nimmt sie eine stark

ablehnende Position gegen den »Parteienstaat« ein und mit ihrem Eintreten für die direkte Demokratie folgt sie analog zu anderen rechtspopulistischen Parteien Europas einer rechtspopulistischen Agenda.

Der Verfassungsschutz hat die AfD Bundespartei und viele ihrer Landesverbände als Verdachtsfall identifiziert. Dazu beigetragen haben die Einlassungen führender Protagonisten der Partei sowie beobachtbare Verbindungen einer größeren Zahl von Abgeordneten und Spitzenfunktionären in rechtsextremen Netzwerken sowie die Feststellung, dass es der AfD im Zeitverlauf immer schwerer zu fallen scheint, eine klare Abgrenzung von rechtsextremen Akteuren zu formulieren und die Anforderungen des Verfassungsschutzes ernsthaft zu verfolgen. Aber auch durch die Einordnung der AfD als Verdachtsfall ist noch nicht ganz klar was und wer diese Partei eigentlich ist. Wenn sie keine rechtsextreme Partei ist, die in die Fußstapfen der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) tritt, was nach wie vor durchaus eine realistische Option ist, ist sie dann einfach eine CDU vor ihrer Modernisierung in den 80er Jahren – oder ist sie etwas Drittes? Und wenn ja, was ist dieses Dritte? Die für eine junge Partei starken Wahlergebnisse und die Tatsache, dass sich für die AfD nicht nur ehemalige Nichtwähler_innen, sondern auch frühere CDU-, FDP-, Linke- und FDP-Wählerinnen aussprechen, wobei viele als Ursache ihre Unzufriedenheit mit der Politik der »etablierten Parteien« anführen, scheint die demokratischen Gegenreaktionen zu erschweren. Im Zeitverlauf lässt sich feststellen, dass der Umgang mit der AfD zielgenauer, koordinierter und routinierter verläuft. Es gibt also signifikante Lernprozesse hinsichtlich des Umgangs mit den Provokationen und Zuspitzungen der AfD; gleichwohl bleibt deren Vorgehen eine Herausforderung für die »etablierten Parteiakteure«.

LITERATURVERZEICHNIS

Bender, Justus (2017): *Was will die AfD?: Eine Partei verändert Deutschland*. München: Pantheon Verlag.

dpa (2015): »Parteivize Gauland wertet Flüchtlingskrise als Geschenk.« *Frankfurter Allgemeine*.

Häusler, Alexander, und Rainer Roeser (2015): *Die rechten »Mut«-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland*. Hamburg: VSA Verlag.

Heinze, Anna-Sophie (2020): »Zum schwierigen Umgang mit der AfD in den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte.« *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2020: 133–150.

kf/dpa (2020): »Thüringen-Wahl: Was ist passiert? Eklat um die Ministerpräsidenten-Wahl.« *merkur*.

Rucht, Dieter (1987): »Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien.« *Journal für angewandte Sozialforschung*, 1987: 297–313.

Ruhose, Fedor (2019): *Die AfD im deutschen Bundestag: Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur*. Wiesbaden: Springer VS.

Sartori, Giovanni (1976): *Parties and party systems: a framework for analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.

Schroeder, Wolfgang, Bernhard Wessels, Christian Neusser, und Alexander Berzel (2017): *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten. Discussion Paper. SP V 2017–102*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, .

Schroeder, Wolfgang, Bernhard Wessels, und Alexander Berzel (2018): »Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und »Bewegungs«-Orientierung.« *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 2018: 91–110.

Schroeder, Wolfgang, und Florian Grotz (2021): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.

Sebaldt, Martin (1992): »Innovation durch Opposition: Das Beispiel des Deutschen Bundestages (1947–1987).« *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Juni 1992, 23. Ausg.: 238–265.

POLITISCHE ISOLIERUNG – JA ODER NEIN?

Spaniens extreme Rechte in den demokratischen Institutionen

Aurora Mínguez

In Spanien war man bis vor zehn Jahren noch der Meinung, dass es dort keinen Platz für die extreme Rechte gebe. Nostalgiker des Franquismus und Anhänger_innen der Parteien »Fuerza Nueva« (1976–82) und »Frente Nacional« (1986–93) waren in die konservative Partei integriert worden, die zunächst Alianza Popular hieß und die heute als »Volkspartei« (Partido Popular- PP) bekannt ist. Doch die Verlagerung dieser politischen Formation in die Mitte einerseits sowie der Aufstieg des katalanischen Nationalismus im Jahr 2017 andererseits gaben »Vox«, einer seit dem 7. Dezember 2013 offiziell eingetragenen Partei, Auftrieb. In nur neun Jahren ist diese neue politische Formation der Rechten mit 52 Abgeordneten und 15,21 Prozent der Stimmen zur drittstärksten politischen Kraft im Abgeordnetenhaus aufgestiegen ist. Zudem regiert sie seit dem Frühjahr 2022 in der Region Kastilien-León in einer Koalition mit der PP und ist in mehreren Regionalparlamenten vertreten, darunter auch dem in Madrid. Und was vielleicht am besorgniserregendsten ist: 42 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Spaniens sehen Vox als eine normale Partei an, die ihrer Meinung nach nicht ausgegrenzt werden müsse.

ENTSTEHUNG UND AUFSTIEG VON VOX

Die Geschichte dieser jungen Partei ist eng mit der Biografie ihres Gründers Santiago Abascal (1976, Bilbao) verbunden: Ein baskischer Politiker, dessen Familie (sowie er selbst) als Mitglied der Volkspartei jahrelang von ETA-Terroristen bedroht wurde. Über die Volkspartei (PP) gelangte er in die Regionalpolitik des Baskenlandes und erhielt später – dank seiner Freundschaft mit der bekannten und einflussreichen Politikerin Esperanza Aguirre – wichtige Ämter in der Verwaltung der Region Madrid; all das während der Zeit der sozialistischen Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero. Doch Abascal verließ die Volkspartei 2013, weil er der Meinung war, dass diese zu sehr in die politische Mitte gerückt sei und ihre konservativen Ursprünge vergessen habe.

Vox wurde am 8. März 2014 gegründet. In ihren Anfängen wurde diese neue politische Organisation eigenen Angaben zufolge durch eine Million Euro finanziert, die von Anhänger_innen des Nationalen Widerstandsrates des Iran – einer Organisation der Gegner des Regimes in Teheran – aufgebracht wurden. Später kamen weitere Finanzierungsquellen

hinzu wie die Francisco-Franco-Stiftung oder die konservative Lobby »Hazte oír« (Mach dich bemerkbar)¹.

Vox stellt sich selbst als liberal-konservative, spanisch-nationalistische Partei, als eine Partei der Erneuerung in einer Zeit, in der es in Spanien zahlreiche Fälle politischer Korruption gibt, sowie als eine Partei, die gegen das Spanien der autonomen Regionen antritt und gegen den Artikel VIII der Verfassung, der den Schutz eben dieser Regionen festlegt. Dem politischen Analytiker José Antonio Zarzalejos zufolge vertritt Vox die spanische extreme Rechte mit einer ultrakatholischen Moralhaltung, bestehend aus »einem Neo-Falangismus², der eng mit dem Neo-Faschismus verbunden ist«. Die Partei ist ein Sammelbecken für die sozialen Reduktionen der »Verärgerten«, wie z. B. der Verteidiger des Stierkampfes oder der Jäger. Sie stellt das dar, was vom Franquismus in Spanien übriggeblieben ist.³

Bei den Europawahlen 2014 ebenso wie bei ihrer ersten Wahl auf regionaler Ebene ein Jahr später in der autonomen Region Andalusien (comunidad autónoma), einer Region, die sehr stark von Arbeitslosigkeit geprägt ist, konnte Vox noch keine großen Erfolge verzeichnen. Es war dann die Radikalisierung der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung im Jahr 2017, die Vox die Gelegenheit bot, sich den Bürgerinnen und Bürgern als Verteidiger der nationalen Einheit zu präsentieren, die durch die illegale Abspaltung Kataloniens gefährdet sei.

Vor dem Hintergrund ihrer landesweiten Ausdehnung in den letzten vier Jahren und ihrer Erfolge bei mehreren Wahlen, besonders in Andalusien (2018) und in Kastilien-León (2021)

- 1 Hazte Oír ist der spanische Ableger von CitizenGo, einer digitalen Plattform, die in Europa daran arbeitet, die Zahl der Sympathisanten und Wähler rechtsextremer politischer Organisationen zu erweitern. Die Organisation tritt nach eigenen Angaben für den Schutz des Lebens und der Familie sowie der individuellen Freiheiten ein (vgl. <https://citizeng.org/hazteoir/node/1>).
- 2 Der Falangismus war die Ideologie zweier politischer Parteien in Spanien, die als Falange bekannt waren, nämlich zunächst die Falange Española de las Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista und danach die Falange Española Tradicionalista y de las Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista. Einige Historiker bezeichnen die Falange aufgrund ihrer faschistischen Tendenzen in den Anfangsjahren als faschistische Bewegung, andere sehen sie als eine autoritäre konservative Bewegung im franquistischen Spanien (Anm. der Hrsg.).
- 3 Für diesen Bericht hat die Autorin Interviews mit Politikexperten durchgeführt. Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich die angeführten Zitate auf diese Interviews.

hat Vox sein Programm weiterentwickelt. Vox definiert sich als »eine Partei der extremen Notlage«, als »Partei des gesunden Menschenverstands und des lebendigen Spaniens«, die »die Stimme der Straße« und des »Spaniens, das erwacht«, vertrete. Zentrale programmatische Schwerpunkte sind:

Die Verteidigung Spaniens, der Familie und des Lebens: Dies übersetzt sich in ein Nein zu den Autonomen Regionen, einem Nein zur gleichgeschlechtlichen Ehe und einem Nein zur Abtreibung;

Die Verkleinerung des Staates: Dies bedeutet konkret das Eintreten für die Auflösung der 17 Regionalparlamente und aller von den Autonomen Regionen abhängigen Organe sowie der dazugehörigen Stellen;

Die Gewährleistung der Gleichheit aller Spanier und Spanierinnen: Dies meint die Ablehnung jeglicher steuerlichen oder politischen Privilegien für die Regionen Baskenland, Navarra oder Katalonien;

Das Heraushalten des Staates aus dem Privatleben der Bürgerinnen und Bürger: Dies bedeutet u.a., dass der Staat sich weitgehend aus Themen wie Familie und Erziehung heraushält; anstelle einer laizistischen Erziehung wird eine katholische Erziehung befürwortet, die in – teils staatlich finanzierten – religiösen Einrichtungen vermittelt werden soll.

Auch wenn der ETA-Terrorismus in Spanien verschwunden ist, stellt sich Vox als Verteidiger der Opfer dieses Terrorismus (für den verschiedene Organisationen verantwortlich waren) dar und wendet sich vehement gegen Maßnahmen wie Haft erleichterungen für aufgrund von Terrorismus verurteilte Gefangene. Vox beschuldigt die Regierung von Pedro Sánchez (Partido Socialista Obrero Español – PSOE), einen Pakt mit der aus dem ETA-Erbe hervorgegangenen baskischen Regionalpartei »Bildu« geschlossen zu haben. Hintergrund dieser Kritik ist, dass sich die Regierung auf mehrere regionale Parteien aus dem Baskenland und Katalonien stützen muss, um im Parlament die erforderlichen Mehrheiten für ihre Projekte und Gesetze zusammen zu bekommen.⁴

In seinen Beziehungen zu den Medien liegt Vox auf der Linie ihrer Vorbilder Donald Trump oder Victor Orbán. Vox hält die Medien für grundsätzlich verlogen und ihr gegenüber feindselig eingestellt; kritische Medien werden abgelehnt, insbesondere diejenigen der »Prisa«-Gruppe, zu der die Tageszeitung »El País« und der TV-Sender »Cadena SER« gehören. Vox nutzt intensiv die sozialen Medien, in denen es an Kriterien für professionellen und kritischen Journalismus fehlt. Die Partei verfügt sogar über ihr eigenes digitales Sprachrohr, die »Gaceta de la Iberosfera«, sowie über einige Nischen-TV- und Radiosender wie »13TV«, »El Toro TV« oder »Esradio«.

⁴ Bei den spanischen Parlamentswahlen 2019 konnte die sozialistische PSOE mit ihrem Kandidaten Pedro Sánchez keine ausreichende Mehrheit gewinnen, um allein regieren zu können. Sie bildete schließlich mit der linken Unidas Podemos eine Minderheitsregierung, die auf die Duldung durch separatistische oder nationalistische Regionalparteien angewiesen (Anm. der Hrsg.).

Aktuelle Umfragen zeigen, dass Vox gegenwärtig in der Wählergunst an Boden verliert, weil die Volkspartei mit ihrem neuen Vorsitzenden Alberto Núñez Feijoo wieder stärker nach rechts rückt. Dennoch, so der Journalist Miguel González in seinem Buch »Vox S.A. El negocio del patriotismo español« (Die Vox AG. Das Geschäft mit dem spanischen Patriotismus), ist sie eine Partei, »die zu einem hochprofitablen Unternehmen geworden ist (...) Die staatliche Finanzierung, die früher 28% ihrer Einnahmen ausmachte, erreicht heute 60%. Sie muss keine Bankkredite bedienen (...) Als Unternehmen verfügt sie über ein beneidenswertes Niveau an Liquidität und eine geringe Verschuldung«⁵.

DAS PARLAMENTARISCHE SYSTEM SPANIENS

Das spanische Parlament – »Cortes Generales« – hat zwei Kammern: das Abgeordnetenhaus (»Congreso de Diputados«) mit dem in direkter Wahl gewählten Abgeordneten und den Senat (die »Cámara de las Autonomías«) als territorialer Repräsentation. Das Wahlgesetz basiert auf dem D'Hondt-System, das große Parteien begünstigt, aber auch die territoriale Aufteilung des Landes in 17 Autonome Gemeinschaften (»Comunidades Autónomas«) sowie die Besonderheiten und historisch erworbenen Rechte einiger Regionen, wie die des Baskenlands, Kataloniens oder Navarras, berücksichtigt⁶. Bei den letzten Parlamentswahlen vom 10. November 2019 wurde Vox mit 3.656.979 Stimmen und 52 Sitzen die drittstärkste politische Kraft im Kongress – nach den Sozialisten (PSOE) und der Volkspartei (PP). Bisher zeichnen sich die Abgeordneten von Vox nicht durch ein hohes Arbeitspensum aus, sondern dadurch, dass sie Beleidigungen, Disqualifikationen und verbale Gewalt in das Parlament tragen. So haben sie zum Beispiel bislang keinen einzigen Änderungsantrag zu wichtigen Gesetzen wie dem Staatshaushalt eingebracht. Hingegen nutzen sie das Verfassungsgericht, das ein führender Politiker von Vox als ein »Gericht, das sich prostituiert« bezeichnet wurde, systematisch als »dritte parlamentarische Kammer«, um ihre Initiativen voranzubringen. Nach Angaben der Zeitung »El País« hat das Verfassungsgericht die zahlreichen von Vox eingereichten Klagen in einem Verhältnis von sieben zu drei abgewiesen⁷.

DAS POLITISCHE AUFTRETEN VON VOX

Es ist wichtig festzuhalten, dass Vox eine stark zentralisierte Partei mit einem sehr engen Führungszirkel ist; dieser sehr enge Führungszirkel gruppiert sich um den Vorsitzenden Santiago Abascal und den Parlamentssprecher Iván Espinosa de los Monteros. Abweichende Meinungen oder übermäßiger Protagonismus anderer wird nicht geduldet. Sympto-

⁵ Vgl.: Miguel González, »Vox S.A. El negocio del patriotismo español«, Madrid 2022, S. 214

⁶ Die spanische Verfassung definiert Spanien als aus »Nationalitäten und Regionen« zusammengesetzte Nation. Sie ist in 17 autonome Gebietskörperschaften – »comunidades autónomas« – unterteilt mit jeweils unterschiedlichen Autonomierechten (Anm. der Hrsg.).

⁷ »El Tribunal Constitucional tumba siete de cada diez recursos de Vox«, in: El País, 18.08.2022

matisch dafür ist der vor kurzem erfolgte Ausschluss von Macarena Olona, einer der auffälligsten Parlamentarierinnen dieser rechtsextremen Formation. Olona hatte bei den letzten Regionalwahlen im vergangenen Frühjahr in Andalusien erfolglos kandidiert. Sie kritisiert Vox nun als eine Partei ohne interne Demokratie und behauptet, aufgrund dieser Aussagen Drohungen zu erhalten. Es ist möglich, dass Olona nun erwägt, eine eigene Partei zu gründen, womit sie zur Spaltung der extremen Rechten beitragen würde.

Vox gewann im Verlauf des sich 2017 zuspitzenden Konflikts um die Unabhängigkeit Kataloniens an Sichtbarkeit auf der politischen Bühne. Den Wahlsieg von Pedro Sánchez und der PSOE im darauffolgenden Jahr sah Vox als Indiz dafür, dass die konservative Volkspartei (PP) ihren ideologischen Kompass und somit auch ihren gesellschaftlichen Führungsanspruch verloren habe. In der Tat erweist sich Vox als Sammelbecken für viele enttäuschte konservative Wähler_innen, die sich von einer Partei abwenden, die in Korruptionsaffären verstrickt ist und der es an überzeugendem Führungspersonal fehlt. Diese konservative Wählerschaft lehnt u.a. die feministische Politik der Regierung Sánchez ab, deren Politik des Dialoges gegenüber den katalanischen Separatisten oder deren Parteinahme für Forderungen der LGBTI Community. Weiter attackiert Vox den »bolivarischen Kommunismus« der Regierung einer fragilen Koalition aus Sozialist_innen und der jungen radikalen Linken (Podemos). Zudem kritisiert Vox den vermeintlich unkontrollierten Zustrom von Einwanderinnen und Einwanderern, ohne dies mit Daten belegen zu können, sowie die angebliche Explosion der Sozialausgaben aufgrund der Anwesenheit von »Illegalen« sowie marokkanischen Familien in Spanien. Ebenso lehnen die Rechtsextremen das sog. »Gesetz des historischen Erinnerns und der Aufarbeitung« (Ley de Recuperación de la Memoria Histórica) ab, dessen Ziel es ist, die durch den Bürgerkrieg und die Repression während des Franco-Regimes verursachte Spaltung zu überwinden. Schließlich verteidigt Vox die Verteidigung der traditionellen Familie und ist der Auffassung, es gäbe keine »geschlechtsspezifische Gewalt«, sondern lediglich »innerfamiliäre Gewalt«.

AUSGRENZUNG – JA ODER NEIN?

Alle für diesen Bericht konsultierten Expert_innen und Quellen sind sich in einem Punkt einig, nämlich dass Vox nicht die Teilnahme an Wahlen verwehrt werden kann, auch wenn es sich um eine Partei handelt, die einige der Grundlagen der spanischen Verfassung wie die allgemeine Gleichheit oder das Bestehen der autonomen Regionen in Spanien in Frage stellt. Weder die Volkspartei (PP) noch die rechtsliberale Partei »Ciudadanos« (auf Deutsch: »Bürger«) wollten sich – trotz wiederholter Anfragen – für diesen Bericht zu der Frage Stellung beziehen, wie zukünftig mit der extremen Rechten in den Institutionen umgegangen werden sollte und ob eventuell auch Bündnisse mit ihr in Erwägung gezogen werden. Für die PP könnte eine Erklärung für die Zurückhaltung, sich zu äußern, darin liegen, dass sie nach den letzten Wahlen im März 2022 in Kastilien-León, bei denen Vox die Zahl ihrer Abgeordneten von eins auf 13 steigern konnte,

mit Vox eine Koalitionsregierung eingegangen ist – und so mit Fakten eine Antwort auf die Frage zum Umgang mit der extremen Rechten gegeben hat. In der Folge dieser neuen Koalition in Kastilien-León, einer Region, die stark ländlich und konservativ geprägt ist, stellt Vox nun den Präsidenten des Regionalparlaments und den stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Für die Regierungspartei PSOE erklärt *María de los Llanos Castellanos*⁸, dass angesichts der dauerhaften politischen Spannungen zwischen PSOE und PP nicht davon auszugehen ist, dass auf absehbare Zeit eine parteiübergreifende Einigung zur Ausgrenzung von Vox erreicht werden könne. Castellanos erklärt, dass die Sozialist_innen angesichts der in 2023 anstehenden Wahlen erwägen, »die von der extremen Rechten eingesetzten Instrumente wie Desinformation, Lügen, Falschmeldungen und Verleumdungen durch ein Regierungsabkommen zu bekämpfen«. Die Ausgrenzung hat Vorteile, aber auch Nachteile. Llanos Castellanos sieht die Gefahr, dass »sich die extreme Rechte durch eine Ausgrenzung weiter festigt und verhärtet, da sie sich nicht in der Regierungsarbeit aufreibt«.

Txema Guijarro, Mitglied des Vorstandes von PODEMOS, erinnert daran, dass seine Partei die erste war, die vor der Gefahr des Einzuges von Vox, der »Rechten ohne Komplex«, in die Institutionen gewarnt hatte. »Die Auseinandersetzung um die Ausgrenzung hätte vor allem von der PSOE geführt werden müssen, etwas als Aufruf an die Volkspartei, dem Beispiel ihrer deutschen Kolleg_innen von der CDU zu folgen«. Nach Guijarros Ansicht ist die Haltung der PP in gewisser Hinsicht verständlich, denn die Vox-Anhänger_innen seien »sie (die Volkspartei) selbst... sie sind hyperaktive Welpen, aber sie sind ein Teil von ihnen. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich mit ihnen zu verbünden, wie sie es vor einigen Monaten in Kastilien-León bereits getan haben«.

Wir haben auch drei renommierte spanische Politikwissenschaftler_innen befragt. *Sol Gallego-Díaz*, ehemalige Chefredakteurin von »El País« gibt zu bedenken: »Wenn die Ausgrenzung konsequent angewendet wird, kann sich Vox als Opfer darstellen, obwohl sie es in Wirklichkeit ist, die die Verfassung angreift, die seit 1978 besteht und die die Freiheiten garantiert, die Vox in Frage stellt«. *José Antonio Zarzalejos*, ehemaliger Chefredakteur von »Abc«, Schriftsteller und Kolumnist meint dazu: »Die Ausgrenzung hat eine sehr begrenzte Wirksamkeit ... sie kann sogar den politischen Diskurs der extremen Rechten vorantreiben«. Und er fügt hinzu: »Die spanische demokratische Rechte hat immer Schwierigkeiten gehabt, sich vom Franquismus zu lösen. Ihr Ziel ist es, 2023 ohne Vox an die Regierung zu kommen, und ich würde nicht ausschließen, dass das PP-Vox-Bündnis in Kastilien-León bereits vor den Parlamentswahlen im Dezember nächsten Jahres zerbricht, weil sie ohne Klotz am Bein in diese Wahlen gehen wollen«.

⁸ María de los Llanos Castellanos ist im PSOE-Vorstand Sekretärin für Recht und institutionelle Beziehungen.

Kurioserweise wurde Ende September bekannt, dass der Vorsitzende der PP, Alberto Núñez Feijoo, sich bereits heimlich mit dem Vorsitzenden von Vox, Santiago Abascal, getroffen hatte, was viele als einen ersten persönlichen Kontakt ansahen, um über Bündnisse und politische Programme für die kommenden Monate zu sprechen. Wenn es nach Núñez Feijoo geht, gibt es also vorerst keine Ausgrenzung. Allerdings wird letztlich alles vom Verlauf der Umfragen mit Blick auf die Wahlen 2023 abhängen.

Ignacio Sánchez Cuenca, Professor für Politikwissenschaft, argumentiert, dass es derzeit keinen Sinn mache, von Ausgrenzung zu sprechen, da PP und Ciudadanos bereits vor drei Jahren gemeinsam mit Vox das »Foto von der Plaza Colón« gemacht hätten. Dieses Foto entstand anlässlich einer Demonstration in Madrid für die Einheit Spaniens, zu der PP, Ciudadanos und Vox aufgerufen hatten. Das rechte Lager, so betont Sánchez Cuenca, habe Vox als eine weitere verfassungstreue Partei wahrgenommen, ohne den wahren Inhalt ihres Konzepts des nationalistischen Spaniens (*nacionalista española*) zu erkennen. Es ist dann nicht verwunderlich, dass Vox in genau diesem Jahr, also 2019, der erste Durchbruch bei Wahlen gelang«.

RESÜMEE

Die beiden Regierungsparteien PSOE und Podemos haben bisher keine spezifische Strategie gegen die extreme Rechte entwickelt. Sie sind der Ansicht, dass es derzeit andere, dringendere Probleme für die Bürger_innen gibt. Aktuelle Umfragen zeigen zudem, dass Vox in der Wählergunst an Boden zu verlieren scheint und dass die Spanier_innen in Zeiten der Unsicherheit eher Parteien mit Regierungserfahrung und eher gemäßigten denn extremistischen Positionen vertrauen. Die wichtigste Oppositionspartei, die konservative Partido Popular, hat bisher keine klare Strategie auf nationaler Ebene vorzuweisen. In Kastilien-León, einer traditionell konservativen Region, regiert sie gemeinsam mit Vox und in der Autonomen Gemeinschaft von Madrid wird die Regierung der PP von Vox unterstützt, ohne dass diese an der Regierung beteiligt ist. Der Vorsitzende der PP, Alberto Núñez Feijoo, hat sich bereits persönlich mit dem Vorsitzenden von Vox getroffen, ein Treffen, das der PP-Vorsitzende als »normal« im Rahmen seiner Kontakte mit anderen Parteiführern bezeichnet hat.

Was bedeutet dieses Fehlen einer einheitlichen Strategie der demokratischen Kräfte zum Umgang mit der rechtsextremen Vox für den Platz, den diese Partei heute in Spaniens Politik einnimmt. Eine von der Zeitung »El País« und dem Radiosender »Cadena Ser« im Januar 2022 durchgeführte Umfrage gibt darüber Aufschluss. Danach halten 42 Prozent der spanischen Bürgerinnen und Bürger Vox für eine Partei wie jede andere und sind nicht der Meinung, dass ihre politische Ausgrenzung notwendig wäre. 59 Prozent der Befragten sind allerdings besorgt oder beängstigt, dass die Rechtsextremen in die nationale Regierung einziehen werden. Die Hälfte dieser Gruppe der Befragten ist der Meinung, dass die politische Ausgrenzung von Vox die richtige Antwort wäre.

DER UMGANG DER ÖSTERREICHISCHEN PARTEIEN MIT DER FPÖ:

Von (halbherziger) Abgrenzung zur mehrfachen Regierungsbeteiligung

Eric Miklin

EINLEITUNG

Anders als viele andere rechts-populistische Parteien verfügt die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) über eine lange parlamentarische Tradition. Gegründet 1956 schaffte sie bereits im selben Jahr den Einzug in den österreichischen Nationalrat, blieb dort aber, trotz zweier Regierungskoalitionen mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) in den 1970ern Jahren, zunächst eine unauffällige Kleinpartei. Erst nach der Machtübernahme Jörg Haiders und der anschließenden Transformation in eine der ersten rechts-populistischen Parteien Europas kam es zu einem rasanten Aufstieg, der aber mit einer deutlichen Abgrenzung aller anderen Parlamentsparteien einherging. Beides änderte sich mit dem Jahr 2000. Nach einem neuerlichen Rekordergebnis und dem zweiten Platz für die FPÖ bei der Nationalratswahl 1999 entschloss sich die Österreichische Volkspartei (ÖVP) dazu, den »Cordon Sanitaire« zu verlassen und eine Koalition mit der Partei einzugehen. Die folgenden Jahre zeigten eine moderatere FPÖ, die allerdings (auch deswegen) mit massiven internen Konflikten kämpfte und stark an Zustimmung in der Bevölkerung verlor. Zurück in der Opposition kam es ab 2006 zu einer weiteren Radikalisierung der Partei sowie erneut zu starken Stimmzuwächsen. Auch diesmal mündete dieser Erfolgslauf in einer Regierungskoalition mit der ÖVP im Jahr 2017, die für die FPÖ, zumindest bis zu ihrem überraschenden Ende wegen eines Skandals um ihren damaligen Parteiobmann und Vize-Kanzler Heinz Christian Strache (*Ibiza-Affäre*) wesentlich erfolgreicher verlief.

Nach einem kurzen Überblick über die Funktionsweise des österreichischen Parlaments, zeichnet diese Studie zunächst die programmatische Entwicklung der FPÖ seit 1986 sowie deren Verhalten im Parlament nach. Daran anschließend wird analysiert, wie die anderen Parlamentsfraktionen auf die Erfolge der FPÖ reagiert und ob bzw. wie sie versucht haben, den Erfolg der FPÖ zu bremsen. Abschließend wird diskutiert, wie effektiv diese Strategien tatsächlich darin waren, den Aufstieg der FPÖ zu bremsen oder ob sie, umgekehrt, zu diesem Aufstieg nicht selbst beigetragen haben.

DER NATIONALRAT UND DIE KONTROLLRECHTE DER OPPOSITION

Das österreichische Parlament besteht aus zwei Kammern, wobei jedoch die erste Kammer (Nationalrat) das politische Geschehen klar dominiert, da die Länderkammer (Bundesrat) nur über sehr geringe Kompetenzen verfügt. Dem traditionellen Selbstverständnis nach handelt es sich um ein Arbeitsparlament. De facto ist das Ausmaß (offizieller) Aktivitäten abseits des Plenums sowie auch der tatsächliche Einfluss dieser Aktivitäten auf die Gesetzgebung aber aus mehreren Gründen vergleichsweise gering (stark neo-korporatistische Tradition, Abhängigkeit der Abgeordneten von Parteien durch Listenwahlrecht, geringe finanzielle Ausstattung v.a. der einzelnen Abgeordneten). Relevante Diskussionen und Verhandlungen finden in erster Linie informell, zwischen den Koalitionspartnern (hier allerdings durchaus mit Einbindung von Vertreter*innen der entsprechenden Fraktionen) statt. Ausschüsse hingegen tagen prinzipiell selten und dienen in erster Linie dazu, informell ausverhandelte Beschlüsse zu formalisieren und eventuelle Einsprüche zu dokumentieren.

Klagen der Opposition, wonach sie zu wenig in relevante Prozesse eingebunden werde, sind dementsprechend häufig und unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation. Systematische Ausnahmen hierzu bilden Beschlüsse, die eine Zweidrittelmehrheit verlangen. Durchaus Einflussmöglichkeiten für Oppositionsparteien bestehen jedoch im Plenum, etwa bei Fragen der Sitzungsplanung bzw. -organisation, da diese, nach langjähriger informeller Konvention, im Konsens aller Fraktionen entschieden werden. Einflussmöglichkeiten auf die Tagesordnung bestehen zudem durch das Recht, kurze Debatten über Antworten auf schriftliche Anfragen bzw. das Abhalten einer Aktuellen Stunde zu einem aktuellen Thema zu Beginn einer Plenarsitzung zu verlangen. Ebenso haben Abgeordnete bzw. Fraktionen die Möglichkeit der Einberufung einer Sondersitzung außerhalb der jährlichen Sitzungsperiode. Weitere zur Verfügung stehende Minderheitenrechte sind das Einsetzen eines Untersuchungsausschusses sowie das Stellen von Prüfungsverlangen an den Rechnungshof.

DIE POLITISCHE PROGRAMMATIK DER FPÖ

Die FPÖ hat ihre Wurzeln sowohl in liberalen und nationalen Strömungen des 19. Jahrhunderts. Ihre Position auf der Liberalismus-Autoritarismus-Achse variierte in den ersten Jahrzehnten daher, je nachdem welcher Flügel (liberal oder deutsch-national) intern gerade die Oberhand hatte. Zur endgültigen Richtungsentscheidung kam es erst mit der Hinwendung zum Rechtspopulismus ab 1986. Neben Eliten- und Systemkritik wurden ab nun Nationalismus (z. B. »Österreich zuerst«), Sicherheit (z. B. »Wien darf nicht Chicago werden«) und Migrationspolitik (z. B. Kampf gegen »Umvolkung«) zu ihren zentralen (Erfolgs-)Themen. Die Systemkritik richtete sich nicht gegen Demokratie an sich, sehr wohl jedoch gegen die typischen Merkmale der *liberalen* Demokratie wie deren Fokus auf indirekte, parlamentarische Entscheidungsprozesse (z. B. Forderung des Ausbaus direkter Demokratie), Gewaltenteilung (z. B. Kritik an und Missachtung von höchstgerichtlichen Urteilen) sowie gegen Grund- und Minderheitenrechte (z. B. slowenisch-stämmiger Volksgruppen in Kärnten).

Nach der Abspaltung eines vergleichsweise pragmatisch-unideologischen Flügels in Form des neu gegründeten Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) im Jahr 2005 kam es zu einer weiteren Radikalisierung. Unter ihrem neuen Parteiobmann Heinz-Christian Strache setzte die Partei noch stärker auf Migrationsthemen sowie v.a. den Kampf gegen den Islam. Auch die Tonlage verschärfte sich noch einmal deutlich und Grund- und Menschenrechte wie z. B. für Asylwerber*innen wurden mehr oder weniger offen in Frage gestellt.

Neben dieser öffentlichen Positionierung finden sich zahlreiche Hinweise, die eine darüberhinausgehende Nähe zu klar anti-demokratischen, rechtsradikalen bis -extremen und rassistischen Positionen nahelegen. Dazu gehören (neben immer wieder öffentlich gewordenen individuellen rassistischen Verfehlungen einzelner Parteimitglieder) v.a. die explizit bekundete Bewunderung *für* und Zusammenarbeit *mit* autoritären bzw. nicht-demokratischen Akteuren wie Vladimir Putins *Einiges Russland* (offizieller Kooperationsvertrag seit 2016) oder Viktor Orbans *Fidesz* (z. B. Parteiobmann Straches Lob für die ungarische Medienpolitik). Auch als OSZE-Wahlbeobachter*innen traten FPÖ-Abgeordnete wiederholt als Verteidiger*innen von sonst als klar defizitär klassifizierten Wahlgängen in autoritären Staaten in Erscheinung (z. B. Krim 2014, Kambodscha 2018). Nicht zuletzt gewann nach 2005 auch der Flügel deutschnationaler Burschenschaftler mit teilweise starker Nähe zum Antisemitismus massiv an Bedeutung und bis zur (umstrittenen) Distanzierung im Jahr 2019 gab es auch offiziell enge Kontakte mit der rechtsextremen *Identitären Bewegung*. Nach Straches Rücktritt aufgrund der Ibiza-Affäre 2019 und einer kurzen Phase mit einem vergleichsweise moderaten Parteiobmann kam es nach dessen Ablöse durch Herbert Kickl 2021 im Zuge des Protests gegen die von der österreichischen Regierung im Rahmen der Covid-19-Pandemie ergriffenen Schutzmaßnahmen zu einer weiteren Annäherung an rechtsradikale und offen staatsfeindliche Milieus.

In Summe kann die heutige FPÖ somit als rechtspopulistische Partei mit einer klar autoritären, nationalistisch-migrationskritischen und anti-pluralistischen Ausrichtung klassifiziert werden, die wesentlichen Merkmalen der *liberalen* Demokratie offen kritisch gegenübersteht und bei der es gute Gründe zu der Annahme gibt, dass die eigentlichen politischen Ziele wesentlicher Akteure in ihrer Radikalität noch deutlich über das hinausgehen, was die Partei in der Öffentlichkeit kommuniziert.

DAS VERHALTEN DER FPÖ IM NATIONALRAT

Prinzipiell hat sich die FPÖ auch nach ihrer Transformation sowohl als Oppositions- als auch als Regierungspartei an die geltenden gesetzlichen Regelungen gehalten. Der einzige Fall einer offenen und wiederholten Missachtung rechtlicher Vorschriften war die Weigerung der Fraktion sich während der Corona-Krise an die (allerdings ohne Sanktionsmechanismus) vom Präsidium verordnete Maskenpflicht im Plenarsaal zu halten.

Sehr wohl zu beobachten war jedoch immer wieder die Nutzung parlamentarischer Rechte über deren eigentliche Bestimmung hinaus – etwa das Einbringen dutzender Verlangen auf namentliche Abstimmung mit dem alleinigen Ziel, Prozesse aufzuhalten oder zu verlangsamen. Auch gab es seitens anderer Fraktionen immer wieder Beschwerden, wonach die FPÖ sich nicht an zuvor getroffene Abmachungen oder bisher unstrittige informelle Konventionen gehalten habe. In Zeiten der ÖVP-FPÖ-Koalitionen wurde zudem ein wenig konstruktiver Umgang der FPÖ mit dem Parlament als Regierungspartei kritisiert. Derartige Klagen wurden jedoch auch bzgl. des Koalitionspartners ÖVP geäußert bzw. waren ähnliche Beschwerden auch unter anderen Regierungsmehrheiten keine Seltenheit. Eine offene Missbilligung des Parlaments, wie man sie von populistischen Regierungsparteien in anderen Ländern kennt war seitens der FPÖ nicht zu beobachten.

Im Abstimmungsverhalten unterscheidet sich die FPÖ nicht signifikant von anderen Fraktionen. Die fraktionelle Geschlossenheit ist, wie bei anderen Fraktionen, hoch und Unterschiede in der Bereitschaft als Oppositionspartei bei Gesetzen mit der Regierungsmehrheit zu stimmen, sind nicht zu beobachten. So hat die FPÖ etwa während der letzten vollständigen Gesetzgebungsperiode in Opposition (2008 – 2013) praktisch genauso oft mit der Regierung gestimmt wie die ebenfalls oppositionellen Grünen (in 55 Prozent der Fälle).

DER UMGANG ANDERER FRAKTIONEN MIT DER FPÖ

Der Umgang anderer Parteien mit der FPÖ kann insgesamt als vergleichsweise offen bezeichnet werden. Zwar wurde sie inhaltlich scharf kritisiert und als nicht regierungsfähig angesehen. Bis auf die Übereinkunft, dass eine Koalition mit ihr (da nicht regierungsfähig) nicht möglich wäre, wurde sie

im politischen Alltag allerdings als normaler politischer Kontrahent behandelt. Von Beginn an waren punktuelle Kooperationen mit der Fraktion daher nicht ausgeschlossen und SPÖ-ÖVP-Regierungen gingen immer wieder auf die FPÖ zu, wenn z. B. eine notwendige Zweidrittelmehrheit sonst nicht erreichbar war. Auch während »koalitionsfreier« Zeiten (nach Scheitern einer Koalition und vor der deshalb vorgezogenen Neuwahl) kam es immer wieder zu ‚unheiligen‘ Koalitionen quer über alle ideologischen Grenzen.

Zu Änderungen der formellen oder informellen parlamentarischen Abläufe mit dem Ziel, den Handlungsspielraum der FPÖ einzugrenzen, kam es im gesamten Zeitraum nicht. Zwar führte das angesprochene Ausreizen mancher Rechte durch die FPÖ zu Diskussionen, die rechtliche Lage zu überarbeiten. Den aufgrund der ablehnenden Haltung der FPÖ nötigen Bruch mit der informellen Konvention, wonach auch wesentliche Änderungen in der Geschäftsordnung nur im möglichst großen Konsens beschlossen werden sollen, war man dafür allerdings nicht bereit einzugehen. Auch Fragen zur Sitzungsplanung und -organisation im Nationalrat wurden und werden nach wie vor im Konsens aller Fraktionen entschieden. Dasselbe Bild zeigt sich auch bei der Besetzung parlamentarischer Funktionen. Von der Konvention, jeweils der Kandidat*innen der drei stärksten Fraktionen zu den drei Nationalratspräsident*innen zu wählen ging man selbst 1994 nicht ab, als der FPÖ-Kandidat für das Amt des dritten Präsidenten*in aufgrund seiner mangelnden Abgrenzung zum rechtsextremen Milieu von den übrigen Fraktionen scharf kritisiert wurde, die FPÖ sich aber weigerte, eine Alternative zu nominieren.

Während der Cordon Sanitaire im parlamentarischen Alltag bis auf die Koalitionsfrage also von Beginn an durchlässig war, brach er nach den Wahlen 1999 endgültig in sich zusammen. Dies änderte natürlich das Verhältnis zwischen ÖVP- und FPÖ-Fraktion, aber auch das Verhältnis zwischen der ÖVP und den (neuen) Oppositionsfraktionen, die an ihrer kritischen Haltung gegenüber der FPÖ festhielten und die ÖVP für ihre Entscheidung scharf kritisierten. Nach dem Verlust der ‚schwarz-blauen‘ Mehrheit im Jahr 2006 und der Wiederaufnahme der SPÖ-ÖVP-Koalition kühlte das Verhältnis zwischen ÖVP und FPÖ wieder ab, klare Koalitionsabsagen gab es aber nicht mehr und tatsächlich kam es nach dem Wiedererlangen der parlamentarischen Mehrheit 2017 zur Neuaufnahme der Koalition. In den Jahren davor kam es auch innerhalb der SPÖ wiederholt zu Diskussionen darüber, ob man die Position gegenüber der FPÖ nicht überdenken sollte. Und tatsächlich präsentierte der damalige SPÖ-Vorsitzende und Bundeskanzler Christian Kern vor den Wahlen 2017 einen Kriterienkatalog, bei dessen Erfüllung durch die FPÖ eine Koalition nach einer Mitgliederbefragung möglich gewesen wäre.

Vergleicht man diese zweite Koalitionsphase mit der ersten, finden sich interessante Unterschiede im Umgang der ÖVP mit der FPÖ: Im Vorfeld der ersten Koalition machte die ÖVP eine inhaltliche Mäßigung der FPÖ zur Koalitionsbedingung. Zudem mussten beide Parteien eine von Bundespräsident Thomas Klestil (ÖVP) verlangte Präambel zum Regierungs-

programm unterzeichnen, in der sie sich explizit zu Pluralismus, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit und gegen jegliche Form von Rassismus und Antisemitismus bekannten. Zwar kam es auch in dieser Phase seitens der FPÖ immer wieder zu Aktionen und Zwischenfällen, die von der Opposition scharf kritisiert wurden. In Summe aber wurden die Positionen der FPÖ tatsächlich in vielen Bereichen moderater und v.a. Migrationsthemen spielten im Vergleich zur Oppositionszeit eine geringere Rolle. Vergleichbare Koalitionsbedingungen der ÖVP fanden sich 2017, trotz der weiteren Radikalisierung der FPÖ, nicht mehr. Und tatsächlich war es diesmal nicht die FPÖ, die sich an die ÖVP anpasste, sondern die ÖVP, die bereits im Vorfeld bei den Themen wie Migration, Asyl und Islam FPÖ-Positionen fast 1:1 übernahm. Auch in der Regierung ließ die ÖVP der FPÖ diesbezüglich freie Hand bzw. erklärten beide Parteien den Kampf gegen Migration und die vermeintliche Islamisierung Österreichs gemeinsam zum zentralen Thema ihrer Koalition.

FAZIT: EINBINDUNG ODER ABGRENZUNG?

Die Frage, welches Verhalten Wahlerfolge der FPÖ eher begünstigt ist umstritten und lässt sich empirisch letztlich nicht eindeutig beantworten. Klar ist, dass die »Dämonisierung« und Abgrenzung der übrigen Parlamentsparteien von der FPÖ den rasanten Aufstieg der Partei nicht verhindert hat. Dies führte dazu, dass diese Strategie sowohl in der öffentlichen wie auch der wissenschaftlichen Debatte oft als wenig zielführend angesehen wurde. Die programmatische Mäßigung während der ersten ÖVP-FPÖ-Koalition sowie die daraus folgenden internen Streitigkeiten und Stimmenverluste der FPÖ bei sieben von acht Landtagswahlen sowie den folgenden Nationalratswahlen scheinen diese Sichtweise zu bestätigen.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch ein differenzierteres Bild: Erstens war der Cordon sanitaire rund um die FPÖ von Beginn an löchrig und wurde im zeitlichen Verlauf immer durchlässiger. Im Parlament wurde die Partei behandelt wie jede andere. Und auch inhaltlich übernahm die große Koalition z. B. in Migrationsfragen schon bald (wenn auch stets mit zeitlicher Verzögerung) FPÖ-Positionen und legitimierte diese dadurch nachträglich. Zweitens zeigt die zweite Regierungsbeteiligung, dass eine Regierungszusammenarbeit eben nicht automatisch zur Schwächung der FPÖ führt. Zwar zerbrach diese Koalition schon nach knapp eineinhalb Jahren und die anschließende Neuwahl brachte erneut starke Verluste für die FPÖ. Dies lag allerdings in erster Linie an durch die *Ibiza-Affäre* publik gewordenen Details über den damaligen FPÖ-Parteichef und Vize-Kanzler Strache. Bis zum Auffliegen der Affäre erzielte die FPÖ bei Landtagswahlen Zugewinne und hielt sich auch in bundesweiten Umfragen stabil.

Der Grund hierfür dürfte in einem Zusammenspiel zweier Faktoren liegen: Erstens hat die FPÖ wohl aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Statt einer inhaltlichen und rhetorischen Mäßigung setzte sie 2017 im öffentlichen Diskurs weiterhin auf jene Themen, die sie davor erfolgreich gemacht

hatten und polarisierte immer wieder durch bewusste Provokationen. Zweitens setzte die ÖVP derartigen Vorstößen diesmal weder vorab noch während der Zusammenarbeit Grenzen. Beides zusammen ermöglichte es der FPÖ auch in der Regierung ihre Kernschichten anzusprechen und an sich zu binden. Darüber, ob ein aktives Einbremsen der FPÖ durch die ÖVP auch diesmal zu Verlusten geführt hätte, lässt sich genauso nur spekulieren wie darüber, ob die FPÖ nach den Erfahrungen in der Vergangenheit dazu überhaupt bereit gewesen wäre.

Eine Phänomen, dass eher einen positiven Einfluss von Koalitionen auf das Erreichen sowohl elektoraler als auch inhaltlicher Ziele der FPÖ nahe legt, findet sich allerdings in beiden Fällen: Unabhängig davon ob die ÖVP sich von radikalen Forderungen oder individuellen ‚Fehlritten‘ der FPÖ distanziert oder nicht, führte die Zusammenarbeit bzw. die damit verbundene wechselseitige Abhängigkeit zwangsläufig zu einer gewissen Verschiebung der Fronten im politischen Konflikt zwischen liberaler Demokratie und Populismus. Denn während die ÖVP vor und nach der ersten Koalition Fehlritte der FPÖ im Einklang mit Sozialdemokratie, Liberalen und Grünen scharf kritisieren konnte, musste sie ebensolche in der Koalition schon allein deshalb als nicht so dramatisch herunterspielen, da alles andere das sofortige Koalitionsende zu Folge gehabt hätte. Dies bedeutet aber, dass rechts-populistische Fehlritte in parlamentarischen Debatten nicht mehr von mehr als zwei Drittel der Abgeordneten verurteilt, sondern von einer absoluten Mehrheit als »nicht schlimm genug« verteidigt wurden. In Anbetracht der Tatsache, dass nicht nur Parteien sich an den Positionen der Bevölkerung orientieren, sondern umgekehrt die Bevölkerung auch an jenen der von ihnen bevorzugten Parteien, ist daher wahrscheinlich, dass Koalitionen mit rechtspopulistischen Parteien (und die mit ihnen verbundenen Verschiebungen des politischen Diskurses) die Gruppe jener, die bereit sind, diese Parteien auch zu wählen, eher erhöhen als verringern.

DER ERFOLG DER PARTEI »DIE FINNEN«

Reaktionen der finnischen Parlamentsparteien

Sanna Salo

»DIE FINNEN«: EINE RECHTSRADIKALE PARTEI?

Die Partei »Die Finnen« (*Perussuomalaiset*, PS) wurde 1995 von ehemaligen Aktivist_innen der Finnischen Bauernpartei (*Suomen Maaseudun Puolue*, SMP) gegründet. Die Wurzeln dieser Partei liegen also in einem linken Agrarpopulismus, der die vernachlässigte Landbevölkerung gegen die wohlhabende Stadtbevölkerung und eine selbstsüchtige politische Klasse ausgespielt hatte. Das Erbe dieses Agrarpopulismus wurde in der PS zwischen 1997 und 2017 unter dem Vorsitzenden Timo Soini fortgeführt. Zu seiner Zeit war die Partei eher als linkspopulistisch denn als rechtsradikal einzuordnen. Ihr Programm war sozialkonservativ, patriotisch, anti-elitär und stark euroskeptisch, jedoch nicht so sehr ethno-nationalistisch oder fremdenfeindlich wie das der Schwedendemokraten und anderer Schwesterparteien.

Das ideologische Profil der Partei änderte sich jedoch ab 2017, nachdem die einwanderungsfeindliche Fraktion unter Führung des damaligen Europaabgeordneten Jussi Halla-aho gegen Timo Soini revoltierte und diesen als Parteivorsitzenden ablöste. In Halla-ahos Zeit hat sich die programmatische Agenda der Partei sowohl in sozioökonomischer als auch in soziokultureller Hinsicht merklich nach rechts verschoben. Die Partei ist einwanderungsfeindlicher und nativistischer geworden, aber in Bezug auf die Wirtschaftspolitik auch marktorientierter. Die PS kann daher heute als typisch rechtsradikale, populistische Partei eingestuft werden. Doch trotz dieser Verschiebung hat sich die Partei nicht so weit radikalisiert, dass sie ihr Engagement für demokratische Institutionen und Verfahren gänzlich aufgegeben hätte. Vielmehr bemüht sie sich, sich als respektable Partei zu präsentieren, die als potenzieller Partner in der legislativen und exekutiven Zusammenarbeit ernst genommen wird.

WER WÄHLT »DIE FINNEN«?

Die Partei wird vor allem von Männern aus der Arbeiterklasse gewählt, aber auch Kleinunternehmer_innen und Arbeitslose sind in ihrer Wählerschaft vertreten. Die Wähler_innen der Partei sind in der Regel weniger gebildet und haben eine Berufs- oder Sekundarschulbildung. Mit Ausnahme der über 70-Jährigen sind unter den Wähler_innen alle Altersgruppen recht gleichmäßig vertreten. Geografisch gesehen erhält

die Partei ihre Stimmen in der Regel aus dünn besiedelten ländlichen Gebieten und Kleinstädten (Westinen/Pitkänen/Kestilä-Kekkonen 2020).

»Die Finnen« haben so vor allem der Sozialdemokratischen Partei (SDP) und der Zentrums Partei (*Keskusta*) Wähler_innen abgenommen. Mit der SDP konkurriert die Partei vor allem um die Wähler_innen aus der Arbeiterklasse, mit der Zentrums Partei hingegen eher um die Wähler_innen in ländlichen Gebieten und Kleinstädten. Sie hat jedoch auch Anhänger_innen der Partei der Nationalen Koalition (*Kokoomus*) für sich gewinnen können. Westinen et al. (2020) zufolge hat sich die Einstellung der PS-Wähler_innen in sozioökonomischen Fragen bei den Wahlen 2019 nach rechts verschoben, was in Zukunft noch mehr Konkurrenz mit der *Kokoomus* bedeuten könnte.

Zu den vorherrschenden Themen bei den letzten Parlamentswahlen von 2019 gehörten Altenpflege, die Sozial- und Gesundheitsreform, der Klimawandel, Bildung und Einwanderung. »Die Finnen« griffen diese Themen in ihrem Wahlkampf auf und vertraten die Ansicht, dass die öffentlichen Ausgaben in erster Linie für die Versorgung armer einheimischer Finn_innen, älterer Menschen und Familien mit Kindern verwendet werden sollten – und erst danach für sekundäre Angelegenheiten wie Einwanderung oder Integration. Ihre Wahlkampfthemen entsprachen daher einer für die Rentner_innen-Partei (RRP) typischen wohlfahrtschauvinistischen Perspektive.

DIE FINNISCHE EDUSKUNTA: EIN KONSENSORIENTIERTES »ARBEITSPARLAMENT«?

Finnland wird als Konsensdemokratie bezeichnet, in der parteipolitische Zusammenarbeit über ideologische Grenzen hinweg normal ist. Finnlands politische Kultur ist pragmatisch und parteiübergreifende Koalitionen zwischen agrarischen, bürgerlichen und linken Parteien waren in der Vergangenheit keine Ausnahme. Wie Poyet und Raunio (2021) bemerken, haben Oppositionsparteien in solchen konsensualen Regimen relativ gute Chancen, die Politik zu beeinflussen, und auch populistische Parteien werden am Ende wahrscheinlich mit anderen Parteien zusammenarbeiten.

Das finnische Parlament, die *Eduskunta*, kann als »Arbeitsparlament« bezeichnet werden, in dem die legislative Arbeit in den Parlamentsausschüssen mehr Gewicht hat als die Debatten im Plenum, was eine konstruktive parteiübergreifende Zusammenarbeit erleichtert. Diese Ausschussarbeit hat die Parteien über das gesamte ideologische Spektrum hinweg konsensfähig gemacht.

Darüber hinaus sind finnische Regierungen fast ausschließlich Mehrheitsregierungen, die in der Regel aus mindestens drei Parteien bestehen. Dass die Mehrheitsparteien nach der Wahl die Zusammenarbeit mit bestimmten anderen Parteien kategorisch ausschließen, ist nicht üblich. In den meisten Fällen sind sie offen für eine Zusammenarbeit mit jeder anderen Partei. In der pragmatischen politischen Kultur Finnlands sind die Parteien also in mehrfacher Hinsicht daran gewöhnt, Kompromisse zu schließen und sowohl auf legislativer als auch auf exekutiver Ebene miteinander zu kooperieren.

»DIE FINNEN« IM PARLAMENT

Die PS schaffte ihren Durchbruch bei den Parlamentswahlen im April 2011, als sie 19,1 Prozent der Stimmen erhielt und ihr Ergebnis im Vergleich zu den Wahlen 2007 um ganze 15 Prozentpunkte verbessern konnte. Der Sieg ging auf Kosten aller anderen Parteien, die jeweils Stimmen einbüßten.

Nach der Wahl beschloss die Partei, in der Opposition zu bleiben. »Die Finnen« waren mit stark euroskeptischen Themen in den Wahlkampf gezogen und hatten sich unter anderem gegen eine finnische Beteiligung an den finanziellen Rettungspaketen der Eurozone ausgesprochen. Die EU-Politik wurde zur wichtigsten Trennlinie zwischen ihr und den etablierten Parteien, da Letztere keine Alternative zur Beteiligung Finnlands an den Rettungspaketen sahen. Die etablierten Parteien entschieden sich daraufhin für die Bildung einer großen Koalition aus sechs Parteien, bestehend aus der Linksallianz, den Sozialdemokraten, den Grünen, den Christdemokraten, der Schwedischen Volkspartei und der Nationalen Koalitionspartei.

Die PS hatte sich bereits in der Legislaturperiode 2007–2010 das Ziel gesetzt, führende Oppositionspartei zu werden, eine Position, die sie zwischen 2011 und 2015 dann tatsächlich innehatte. Die Sechs-Parteien-Koalition war eher dysfunktional und ideologisch zu uneinheitlich, um eine kohärente Politik zu verfolgen. Zudem war sie an funktionale Notwendigkeiten gebunden, etwa die Verpflichtung Finnlands zur Teilnahme an den umstrittenen finanziellen Rettungsmaßnahmen der Eurozone. Diese Schwächen nutzten »Die Finnen« während ihrer Oppositionszeit aus.

Dennoch agierte die Partei weitgehend wie eine »normale« Oppositionspartei. Zwar stellte sie die Regierungspolitik aktiv infrage, handelte aber stets im Rahmen normaler parlamentarischer Verfahren. Eine 2021 durchgeführte Analyse ihrer parlamentarischen Aktivitäten zeigt, dass die PS aktiver war als die Abgeordneten anderer Parteien, sowohl was die Reden im Plenum als auch die schriftlichen Anträge anging,

insbesondere in der Zeit zwischen 2011 und 2015. Die PS-Abgeordneten haben jedoch nicht versucht, die parlamentarischen Regeln infrage zu stellen, indem sie beispielsweise versucht hätten, die Geschäftsordnung des Parlaments zu ändern (Poyet/Raunio 2021).

Bei den Parlamentswahlen 2015 erhielten »Die Finnen« 17,7 Prozent der Stimmen, was im Vergleich zu 2011 einen Rückgang um 2,6 Prozentpunkte bedeutete. Dennoch trat die Partei nach der Wahl in eine Koalitionsregierung mit der Zentrumspartei und der Nationalen Koalition ein. »Die Finnen« erhielten vier Ministerposten im Kabinett von Juha Sipilä, damaliger Ministerpräsident und Vorsitzender der Zentrumspartei. Parteichef Soini wurde Außenminister, seine Parteikollegin Maria Lohela, Parlamentsvorsitzende.

Die Abgeordneten der Partei begannen jedoch, sowohl in den sozialen Medien als auch im Parlament, einen radikaleren Sprachgebrauch einzuführen und verstießen so teilweise gegen parlamentarische Normen. Dies gilt vor allem für die Mitglieder des einwanderungsfeindlichen Flügels der Partei. Ein prominentes Beispiel dafür stammt aus dem Jahr 2020, als die finnische Generalstaatsanwältin Raija Toiviainen die *Eduskunta* um die Autorisierung bat, den PS-Abgeordneten Juha Mäenpää strafrechtlich zu verfolgen. Dieser hatte nach Ansicht der Staatsanwältin 2019 in einer Rede im Plenarsaal zu rassistischem Hass aufgestachelt. Die *Eduskunta* war in dieser Frage gespalten, stimmte aber schließlich gegen die Aufhebung der Immunität, die Mäenpää als Abgeordneter genießt.

Wie Poyet und Raunio (2021) anmerken, ist die Verschiebung hin zu einer eher kontroversen Redekultur im Parlamentsplenum jedoch nicht nur auf den Einfluss oder die Handlungen von PS-Abgeordneten zurückzuführen, sondern ein allgemeiner Trend. So lief im Sommer 2019 ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen vier Abgeordnete – zwei aus der PS, einen von der SDP und einen von den Christdemokraten – wegen des Verdachts der Aufstachelung zu Hass. Im Fall des Christdemokraten Päivi Räsänen waren Homosexuelle die Zielgruppe, in den drei anderen Fällen ging es um Rasse oder ethnische Zugehörigkeit. Insgesamt wird die Redekultur der *Eduskunta* als zunehmend konfrontativ charakterisiert, auch weil Elemente des Sprachgebrauchs aus den sozialen Medien übernommen wurden.

Auf dem Parteitag im Sommer 2017 spalteten sich die »Die Finnen«. In einem offenbar vom einwanderungsfeindlichen Flügel der Partei inszenierten Putsch forderte der damalige Europaabgeordnete Jussi Halla-aho den Vorsitzenden Timo Soini heraus und übernahm von ihm die Parteiführung. Halla-aho war eine umstrittene Figur, nachdem er vor Gericht wegen Hassreden verurteilt worden war. So hätte dieser Führungswechsel beinahe zum Zusammenbruch der Mitte-rechts-Koalition geführt, da die Parteien des Zentrums und der Nationalen Koalition eine Partnerschaft mit der Finnenpartei von Halla-aho nicht akzeptieren wollten.

Daraufhin lösten sich der entmachtete Parteivorsitzende Timo Soini und eine Handvoll ihm treu ergebener Abgeordneter, darunter alle aus seiner Partei stammenden Minister,

von der PS und gründeten eine Splitterpartei, die sie »Blaue Zukunft« nannten. Die »Blaue Zukunft« durfte in der Koalition bleiben, sodass auch die parlamentarische Mehrheit der Regierung Sipilä erhalten blieb. Halla-aho übernahm »Die Finnen« und ging in die Opposition.

Unter Halla-aho wandelte sich die Partei zu einer radikalen rechtspopulistischen Partei, deren Kernthemen Einwanderung, Recht und Ordnung waren. Auch nach der Wahl von 2019 blieb Halla-aho freiwillig in der Opposition. 2021 löste ihn Riikka Purra als Parteivorsitzende ab. Purra gehört wie Halla-aho zum einwanderungskritischen Kern der Partei, hat sich aber bemüht, ein seriöses Image für die Partei aufrechtzuerhalten und würde eine künftige Koalitionsbeteiligung nach den Parlamentswahlen 2023 vermutlich nicht ausschließen.

REAKTIONEN DER ETABLIERTEN PARTEIEN AUF »DIE FINNEN«

Wie aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht, waren die Reaktionen der etablierten Parteien auf den Erfolg der PS pragmatisch und moderat. Zu keinem Zeitpunkt haben sie, wie bspw. in Belgien geschehen, die rechtsradikale Partei systematisch daran gehindert, politische Mehrheiten zu bilden. In Finnland wurde die Partei stattdessen in die normale parlamentarische Zusammenarbeit einbezogen. Das bedeutet jedoch nicht, dass das Verhältnis der etablierten Parteien zur PS immer einfach oder unproblematisch gewesen wäre. Im Gegenteil: Der erdrutschartige Wahlsieg der »Finnen« bei den Wahlen 2011 sorgte für Aufruhr in der Politik und der breiten Öffentlichkeit. Die Tatsache, dass eine rechtspopulistische Partei über 39 der insgesamt 200 Sitze umfassenden *Eduskunta* verfügte, markierte einen Wendepunkt in der finnischen Politik.

Seitdem haben das Linksbündnis, die SDP, die Grünen und die Schwedische Volkspartei öffentlich erklärt, dass eine Zusammenarbeit mit der PS für sie nicht oder nur sehr schwer infrage käme. Die Position der Sozialdemokraten in dieser Frage scheint sich jedoch im Laufe der Zeit etwas geändert zu haben. Anfangs, nach den Wahlen 2011, schien die SDP noch bereit, eine Koalition mit der PS in Betracht zu ziehen, allerdings unter der Bedingung, dass die Regierungspolitik nicht von Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit geprägt sein dürfe. Der Weg der PS in die Regierung wurde damals jedoch durch Meinungsverschiedenheiten in der EU-Politik blockiert, da die etablierten Parteien die von der PS geforderte Opposition Finnlands gegen die EU-Rettungspakete nicht akzeptieren konnten. In ähnlicher Weise stellte die derzeitige Parteivorsitzende der SDP, Ministerpräsidentin Sanna Marin, im Sommer 2022 fest, dass eine Koalition mit der PS nach den *Eduskunta*-Wahlen 2023 nur schwer vorstellbar sei, insbesondere wegen der grundlegenden Unterschiede in den EU-politischen Positionen der Parteien.

Im Grunde haben die etablierten finnischen Parteien die Ergebnisse der demokratischen Wahlen jedoch akzeptiert und die PS von Anfang an wie eine »normale« Partei behandelt.

So hat die Partei entsprechend ihres Stimmenanteils parlamentarische Vertrauenspositionen wie Ausschussvorsitze oder sogar den Parlamentsvorsitz erlangt. Interpellationen an die Regierungen hat die PS meistens allein, teils aber auch gemeinsam mit den anderen Rechtsparteien und gelegentlich sogar mit den Sozialdemokraten gestellt.

Zwar haben die etablierten Parteien nicht offiziell versucht, »Die Finnen« zu isolieren, und die meisten haben sich sogar für eine Zusammenarbeit entschieden, dennoch ist festzustellen, dass sich die Fronten zwischen PS-Anhänger_innen und denen anderer Parteien in den letzten Jahren verhärtet haben – ein Phänomen, das Politikwissenschaftler_innen als »affektive Polarisierung« bezeichnen (Westinen/Pitkänen/Kestilä-Kekkonen 2020). Dies gilt insbesondere für die Anhänger_innen der PS, der Grünen sowie der Linken/Sozialdemokraten und spiegelt die neue Bedeutung der soziokulturellen Trennlinie zwischen autoritär-konservativen und progressiv-liberalen Parteien wider.

WIE »DIE FINNEN« DIE FINNISCHE POLITIK UND ANDERE PARLAMENTARISCHE PARTEIEN BEEINFLUSSEN

Im Allgemeinen beeinflussen rechtspopulistische Parteien die Politik vor allem dadurch, dass sie Inhalt und Ton der politischen Debatte, einschließlich der Positionen anderer Parteien, beeinflussen. Dies gilt auch für »Die Finnen«, durch deren Präsenz sogenannte soziokulturelle Themen wie Einwanderung, Grenzen, Recht und Ordnung auf der politischen Agenda Finnlands weiter nach oben gerückt sind. Wie Raunio (2019) beobachtet hat, waren diese Themen bei den letzten Parlamentswahlen von 2019 sogar wichtiger als sozioökonomische Fragen wie Haushalt und Steuern. Der Klimawandel ist ein weiteres soziokulturelles Thema, zu dessen Politisierung »Die Finnen« beigetragen haben, indem sie versuchten, die etablierten Parteien – insbesondere die Linken und die Grünen – als »Klimawandel-hysterisch« darzustellen.

Poyet und Raunio (2021) argumentieren, dass es der Partei darüber hinaus gelungen sei, das Programm der Regierung von Juha Sipilä maßgeblich zu beeinflussen, insbesondere in Bezug auf die Themen EU und Einwanderung. Tatsächlich war Finnland zu dieser Zeit ein äußerst kritisches EU-Mitgliedsland, sowohl bei der Entscheidung über weitere Finanzhilfen für die krisengeschüttelten Länder der Eurozone als auch bei dem Plan, während der Migrationskrise 2015–2016 Asylsuchende innerhalb der EU umzusiedeln.

Wie bereits erwähnt, hat die Popularität »der Finnen« die sogenannte GAL-TAN-Spaltung (vgl. z. B. Hooghe/Marks 2009) in der finnischen Politik verstärkt. Bei dieser Spaltung steht weniger der Gegensatz zwischen der sozioökonomischen Linken und Rechten im Zentrum, vielmehr fokussiert sie auf den Gegensatz zwischen autoritär-konservativen Parteien wie »Die Finnen«, die Christdemokraten und die Partei der Nationalen Koalition auf der einen und den progressiv-liberalen Parteien, also die Linkspartei, die Sozialdemokraten, die Schwedische Volkspartei und die Grünen, auf der anderen

Seite. »Die Finnen« haben die Bedeutung dieser Trennlinie unterstrichen, indem sie beispielsweise den Begriff »grün-links« in der finnischen Politik etabliert haben – ein Begriff, der die ideologische Position der finnischen Grünen im Gegensatz zu anderen grünen Parteien in Europa zwar nicht ganz angemessen wiedergibt, der jedoch seinen Weg in den allgemeinen politischen Sprachgebrauch in Finnland gefunden hat.

VERDANKEN »DIE FINNEN« IHREN ERFOLG MÄCHTIGEN FÖRDERERN?

Der Wahlerfolg der »Finnen« im Jahr 2011 ist zumindest teilweise auf für sie günstige Umstände zurückzuführen. Erstens befand sich die Krise der Eurozone auf ihrem Höhepunkt und Finnland musste sich an den äußerst unpopulären finanziellen Rettungsmaßnahmen für die südlichen Mitgliedstaaten beteiligen. Hier konnte die PS ihren traditionellen Euroskeptizismus ausspielen, was in der Öffentlichkeit Anklang fand. Zweitens kam der Strukturwandel in der finnischen Wirtschaft hinzu, der zu Werksschließungen und Massenentlassungen in der Forstwirtschaft sowie zum Niedergang des Telekommunikationsgiganten Nokia geführt hatte. Diese Entwicklungen schürten Unzufriedenheit, die sich die PS zunutze machte. Schließlich ging den Wahlen 2011 ein groß angelegter Parteifinanzierungsskandal voraus, in den insbesondere die damals führende Partei der Regierungskoalition, die Zentrumspartei, verwickelt war. »Die Finnen« hatten so die Möglichkeit, ihre populistische Rhetorik des »einfachen Volkes gegen die korrupten Eliten« auszuspielen.

Gleichzeitig legte der einwanderungsfeindliche Flügel der »Finnen« vor allem in den sozialen Medien den Grundstein für die Politisierung der Einwanderung, ein bis dahin eher randständiges Thema in Finnland – eine Strategie, die allmählich Erfolge zeigte. Während die großen Parteien größtenteils an einer gemäßigten Rhetorik sowohl zur EU als auch zur Einwanderung festhielten, vertraten einzelne Vertreter_innen der Zentrumspartei, der Sozialdemokraten und der Nationalen Koalition nun härtere Positionen und ahmten die Rhetorik der »Finnen« nach. In manchen Fällen beeinflusste dies auch die offizielle Politik des Landes. So war Finnland beispielsweise der einzige EU-Mitgliedstaat, der von Griechenland »Sicherheiten« als Gegenleistung für die Beteiligung an den finanziellen Rettungspaketen verlangte. Dies war wohl ein populistischer Schachzug der damals amtierenden Sozialdemokraten, um auf die als zunehmend euroskeptisch empfundene Stimmung im Land zu reagieren.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die etablierten Parteien den Wahlerfolg der PS vor allem dadurch ermöglicht haben, dass sie ihre Narrative akzeptierten und in einigen Fällen auch unterstützten. Dies hat dazu geführt, dass die Positionen der »Finnen« legitimiert wurden. Zu dieser Legitimierung hat auch beigetragen, dass die rechtsgerichtete Zentrumspartei und die Nationale Koalition »Die Finnen« 2015 in eine Regierungskoalition aufnahmen. Dies war für die PS jedoch nicht direkt von Vorteil, sondern führte vielmehr zu einem massiven Rückgang ihrer Popularität und schließlich zur Spaltung

der Partei. Die etablierten Parteien helfen rechtsradikalen Parteien im Allgemeinen also am ehesten, wenn sie deren Art, gesellschaftliche Probleme zu formulieren, aufgreifen und in ihren eigenen Diskurs integrieren. Den Rechtspopulisten formale Machtpositionen in der Legislative oder Exekutive einzuräumen, scheint sie dagegen zu schwächen.

LITERATUR

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2009): »A Postfunctionalist Theory of European Integration: From

Permissive Consensus to Constraining Dissensus«, in: *British Journal of Political Science*, Nr. 39, S. 1–23.

Poyet, Corentin/Raunio, Tapio (2021): »Confrontational but Respecting the Rules: The Minor Impact of the Finns Party on Legislative–Executive Relations«, in: *Parliamentary Affairs*, Nr. 74(4), S. 819–834, <https://doi.org/10.1093/pa/gsab010>.

Raunio, Tapio (2019): »The Campaign«, in: *Scandinavian Political Studies*, Nr. 42, S. 175–181, <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12149>.

Westinen, Jussi/Pitkänen, Ville/Kestilä-Kekkonen, Elina (2020): »Perussuomalaisten äänestäjäkunnan muutos 2011–2019«, in: Borg, Sami/Kestilä-Kekkonen, Elina/Wass, Hanna (Hrsg.): *Politiikan ilmastonmuutos. Eduskuntavaalitutkimus 2019*, Oikeusministeriön julkaisuja, Selvityksiä ja ohjeita 5/2020.

DIE NORMALISIERUNG DES PARIAS

Der Weg der Schwedendemokraten aus der Isolation in die Regierung

Ann-Cathrine Jungar

Schweden ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ein Nachzügler, was die Vertretung rechtsradikaler Parteien im Parlament anbelangt. Noch vor Kurzem galt das Land als europäische Ausnahme ohne rechtsradikale Partei im Parlament (Demker 2012). Doch mit dem parlamentarischen Durchbruch und dem rasanten Wählerzuwachs der Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*, SD) seit 2010 sind deren Narrative und Politiken auch in einigen der anderen im Parlament vertretenen Parteien etabliert. Inzwischen werden die SD als legitime und regierungsfähige Partei akzeptiert.

Die Isolationsstrategie der anderen Parteien gegenüber den Schwedendemokraten, die jene ab 2010 verfolgten, hat mit den Wahlen 2022 ein endgültiges Ende gefunden. Die Schwedendemokraten sind nunmehr eine parlamentarische Stütze für eine Mitte-rechts-Regierung, die sich aus den konservativen Moderaten (*Moderaterna*), den Christdemokraten (*Kristdemokraterna*) und den Liberalen (*Liberalerna*) zusammensetzt. Obwohl die Schwedendemokraten als stärkste Partei des Rechtsblocks aus den Wahlen hervorgegangen sind, haben sie sich mit ihrer Rolle als Unterstützungspartei für die Regierung abgefunden und auf die Besetzung von Ministerposten verzichtet. Dies ist kein neues Phänomen in der Geschichte des schwedischen Parlaments, das in überwiegender Zahl aus Minderheitsregierungen bestand, die auf die Unterstützung durch nicht an der Regierung beteiligte Parteien angewiesen waren.

Die aktuelle Konstellation unterscheidet sich jedoch: Die politische Macht hat sich auf den rechten Block verlagert. Die zuvor isolierten Schwedendemokraten besitzen zum ersten Mal einen direkten Zugang zu den Entscheidungsprozessen der Regierung. Schon während des Wahlkampfes hatten die jetzigen Regierungsparteien deutlich gemacht, dass sie auch mit Unterstützung der SD regieren würden, allerdings war dies letztlich auch eine Voraussetzung für deren Regierungsfähigkeit. Sie waren jedoch nicht bereit, die SD als vollwertiges Mitglied in die Regierungskoalition aufzunehmen.

POLITISCHER EINFLUSS OHNE MINISTER_INNEN

Die Zusammenarbeit zwischen der neuen Mitte-Rechts-Regierung und den Schwedendemokraten wird durch ein spezielles Abkommen, das *Tidöavtalet*, geregelt. Darin werden

sieben Kooperationsbereiche, die Art und Weise der Zusammenarbeit sowie das Budget der Regierung vereinbart (*Tidöavtalet* 2022). Die im Abkommen definierten Kooperationsbereiche sind Kriminalität, Migration, Integration, Klima, Energie, Gesundheitsversorgung und Bildung. Im Gegenzug dafür, dass die SD keine Ministerämter erhalten hat, haben sie dem Regierungsprogramm ihren Stempel aufgedrückt, insbesondere in den Bereichen Kriminalität, Migration und Integration. So soll die Zahl der Kontingentflüchtlinge von 5.500 auf 900 pro Jahr reduziert, Abschiebungen sollen erleichtert und der Erwerb der Staatsbürgerschaft erschwert werden. Zudem sollen die Sozialleistungen für Nicht-Staatsbürger_innen gekürzt und Asylzentren außerhalb von Schweden eingerichtet werden. Dies sind nur einige der Vorschläge, die derzeit geprüft werden. Würden sie umgesetzt, wäre Schweden – zusammen mit Dänemark – eines der Länder mit den strengsten Migrationsgesetzen innerhalb der EU. Längere Strafen, anonyme Zeugen und sogenannte polizeiliche »Visitationszonen«, in denen die Polizei auch ohne konkreten Tatverdacht stichprobenartige Kontrollen durchführen kann, zählen zu den Vorschlägen der SD im Bereich Kriminalpolitik. Darüber hinaus werden die SD in der zentralen Koordinierungsstelle des Kabinetts (*Regeringskansliet*) vertreten sein, um die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen vorzubereiten und zu überwachen. Zudem haben die SD zum ersten Mal den Vorsitz in vier Parlamentsausschüssen¹ inne, in denen die Regierungsvorschläge diskutiert und verhandelt werden, und stellen den Vizepräsidenten des Parlaments.

IDEOLOGIE UND PARTEIORGANISATION DER SCHWEDEDEMOKRATEN

Im Jahr 2010 gelang den Schwedendemokraten mit 5,7 Prozent der Stimmen der Einzug ins Parlament. Seitdem konnte die Partei ihren Stimmenanteil bei jeder Wahl steigern. Bei den Wahlen 2014 erhielten sie 12,9 Prozent der Stimmen, 2018 erreichten sie 17,5 Prozent und bei den Wahlen 2022 konnten die SD dann sogar 20,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, d. h. ein Fünftel der Wählerschaft. Zwar blieben die Sozialdemokraten (*Socialdemokraterna*) mit 30,3 Prozent der Stimmen stärkste Kraft, doch wurden die Mode-

¹ Arbeitsmarktausschuss, Justizausschuss, Industrie- und Handelsausschuss sowie Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten

raten (19,1 Prozent) von der SD inzwischen als zweitstärkste Partei abgelöst.

Die Schwedendemokraten haben eine landesweite Parteiorganisation entwickelt und konnten ihre Mitgliederzahl zwischen 2010 und 2022 von 5.000 auf 33.000 steigern. Während fast alle anderen Parteien Schwedens Mitglieder verloren haben, wächst die Partei der Schwedendemokraten stetig. Mithilfe der wachsenden öffentlichen Finanzierung haben die SD eine mitgliederbasierte Parteiorganisation aufgebaut, die derjenigen der etablierten Parteien ähnelt: Sie verfügen über eine demokratische Entscheidungsstruktur, regionale und lokale Ortsverbände, einen Frauenclub (*SD Kvinnor*) und eine Jugendorganisation (*Ungsvenskarna*). Im Vergleich zu den anderen schwedischen Parteien sind die SD in Bezug auf die Kontrolle durch die Parteispitze jedoch stärker zentralisiert (Jungar 2016). So hat sich die Führungsriege unter anderem darum bemüht, die fortschreitende Zersplitterung der Partei einzudämmen, indem sie seit 2010 mehr als hundert Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen und sich von der radikaleren ehemaligen Jugendorganisation (*Sverigedemokratisk Ungdom*) getrennt hat. Ebenso betreibt die Partei einen eigenen YouTube-Kanal namens *Riks* und hat den politischen Think-Tank *Oikos* gegründet.

IDEOLOGISCHE WURZELN UND AKTUELLE AUSRICHTUNG

Die Schwedendemokraten sind eine populistische rechtsradikale Partei, die Nationalismus und Autoritarismus mit Populismus verbindet (Jungar/Jupskås 2014, Strömbäck et al. 2016). Die Partei wurde 1988 gegründet und ging aus neonazistischen Subkulturen sowie aus der neopopulistischen, nationalistischen und migrationsfeindlichen Bewegung der späten 1980er-Jahre hervor. Nationalismus bildete von Anfang an den Kern der SD-Ideologie, was sich im Widerstand gegen Einwanderung und europäische Integration widerspiegelte, während gleichzeitig »schwedische Traditionen und Werte« verteidigt wurden, die durch die Migrationskulturen bedroht seien. Von Beginn an forderte die Partei in autoritärer Manier eine strengere Kriminalpolitik (Wiedereinführung der Todesstrafe), die Förderung traditioneller Familienwerte sowie die Einschränkung des Abtreibungsrechts und sprach sich gegen LGBTQ-Rechte aus. Inzwischen hat die Partei ihre Politik jedoch an die geltende Gesetzgebung angepasst und vertritt – aus schwedischer Sicht – Mainstream-Standpunkte. Sie ist gegen die Todesstrafe, für Abtreibung und befürwortet das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare (Jungar/Jupskås 2014).

2011 kam als zweiter ideologischer Grundsatz der Schwedendemokraten neben dem Nationalismus der Sozialkonservatismus hinzu. Auf dem sozioökonomischen Links-rechts-Spektrum liegen die SD nun in der Mitte: Sie unterstützen den Wohlfahrtsstaat und insbesondere die Positionen von hart arbeitenden Menschen, Kleinunternehmer_innen, Rentner_innen, älteren Menschen und Familien (Jungar/Jupskås 2014). Ein wichtiger Teil des SD-Narrativs ist die Unterstellung, dass Einwanderung eine Bedrohung für

den Zugang »gebürtiger« Schwed_innen zu den Leistungen des Wohlfahrtssystems und für die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates sei. Entsprechend treten die SD für einen Wohlfahrtschauvinismus, der die Leistungen des Wohlfahrtsstaates vorrangig auf die heimische Bevölkerung beschränkt sehen will. In ihrem Parteiprogramm sprechen sie sich zwar für einen Austritt Schwedens aus der EU aus, obwohl die allgemeine Rhetorik gegenüber der EU seit der Kampagne zur Europawahl 2019 positiver geworden ist. Folglich ist unklar, ob die SD weiter die Perspektive des EU-Austritts verfolgen wird. Und schließlich haben die SD auch trotz ihrer programmatischen Festlegung auf eine »nationale Verteidigung« den schwedischen Antrag auf Beitritt zur NATO unterstützt.

Unter der Führung von Jimmie Åkesson, der 2005 als Vorsitzender der SD-Jugendorganisation direkt zum Parteichef gewählt wurde, haben die Schwedendemokraten den Weg zu einer akzeptierten und legitimen Parlamentspartei eingeschlagen. Dies hat sich unter anderem in der zuvor beschriebenen politischen Neupositionierung manifestiert, die Voraussetzung für die Etablierung als eine als regierungsfähig angesehene Partei war. So hat sich ihre Vorstellung von Nationalismus ebenso leicht verändert wie ihre Auffassung darüber, wer Schwed_in werden kann: Schwedisch zu sein ist keine Frage des ethnischen, kulturellen oder historischen Erbes mehr, sondern eine Frage des Erlernens der schwedischen Sprache und der Lebensweise nach »schwedischen Werten«. Doch ist die Migrations- und Integrationspolitik der Partei damit keineswegs milder geworden, was sich auch deutlich am Einfluss der SD auf die derzeitige Regierung ablesen lässt.

WER SIND DIE WÄHLER_INNEN DER SCHWEDEDEMOKRATEN?

Migration, Integration und Kriminalitätsbekämpfung sind die Hauptgründe, warum schwedische Wahlberechtigte die Schwedendemokraten wählen. Die Wählerschaft der SD ist überwiegend männlich: Zwar ist auch der Anteil der Wählerinnen gestiegen, bei den Wahlen 2022 haben jedoch 25 Prozent der schwedischen Männer der rechtsradikalen Partei ihre Stimme gegeben, während der Anteil der Frauen bei 16 Prozent lag (SVT 2022). SD-Wählende leben vorrangig in kleineren Städten und ländlichen Gebieten und hegen im Vergleich zur durchschnittlichen Wählerschaft ein größeres Misstrauen gegenüber politischen Parteien, öffentlichen Institutionen und den Mainstream-Medien (Sannerstedt 2016).

Sowohl aus dem Wählerreservoir der Moderaten als auch dem der Sozialdemokraten konnten die SD in den letzten zwei Jahrzehnten Stimmen für sich gewinnen und haben somit zum Bedeutungsverlust dieser beiden Parteien beigetragen. Bei der Wahl 2022 war es jedoch die Christdemokratische Partei, die die meisten Stimmen an die SD verloren hat. Indem die SD zunehmend Arbeiter_innen und Kleinunternehmer_innen anzusprechen versucht, ringt sie inzwischen mit den Sozialdemokraten darum, stärkste politische Kraft im Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu zu sein (Oscarsson/Demker 2015).

REAKTION DER ETABLIERTEN PARTEIEN AUF DIE SCHWEDENDEMOKRATEN

Schweden ist eine parlamentarische Demokratie mit Verhältniswahlrecht und einer Vier-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament. Seit Ende der 1980er-Jahre ist die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien von fünf auf acht gestiegen. Die Mehrzahl der schwedischen Nachkriegsregierungen bestand aus Minderheitsregierungen, was teilweise auf das Prinzip des negativen Parlamentarismus zurückzuführen ist (Bergman 1993). Während positiver Parlamentarismus bedeutet, dass eine Regierung für eine Investiturabstimmung eine Mehrheit mobilisieren muss, bedeutet negativer Parlamentarismus, dass die Regierung nur geduldet werden kann, d. h. dass die Parlamentsmehrheit sich nicht gegen die Regierung stellt. Angesichts der Häufigkeit von Minderheitsregierungen spielt das schwedische Parlament für die Regierung traditionell eine bedeutende Rolle, um die parlamentarische Unterstützung für ihre Vorschläge zu erhalten. Für die Verabschiedung von Regierungsmaßnahmen sind daher unterstützende Parteien erforderlich, während die Parlamentsausschüsse wichtige Foren für die Aushandlung von Maßnahmen sind, die im Parlament verabschiedet werden sollen.

Zwar erleichtert der negative Parlamentarismus die Regierungsbildung, allerdings muss das Kabinett bei der Verabschiedung des Haushalts trotzdem eine parlamentarische Mehrheit mobilisieren. Wie im Folgenden dargelegt wird, haben die Schwedendemokraten diesbezüglich bereits von ihrer parlamentarischen Macht Gebrauch gemacht und Regierungen gezwungen, mit dem Budget der Opposition zu regieren.

Der Durchbruch bei den Wahlen und das Wachstum der Schwedendemokraten haben die parlamentarische Situation verkompliziert, nicht zuletzt im Hinblick auf die Regierungsbildung (Backlund 2022). Mit dem Einzug der SD ins schwedische Parlament (*Riksdagen*) im Jahr 2010 vereinbarten die Parlamentsparteien einen informellen »Cordon sanitaire«, wonach sie mit den SD aufgrund deren historischer Wurzeln im Rechtsextremismus und deren radikaler Migrations- und Integrationspolitik weder verhandeln noch zusammenarbeiten würden. Der Mitte-rechts-Block, der sich damals aus den Moderaten, den Christdemokraten, der Liberalen Partei und der Zentrumspartei (bekannt als »Allianz«) zusammensetzte, hatte nach den Wahlen 2010 weiterhin mehr Sitze als der Links-grüne-Block, so dass die Regierung der Allianz, die seit 2006 an der Macht war, im Amt blieb.

Die Strategie zur Isolierung der Schwedendemokraten führte dazu, dass sich die anderen Parteien beim Thema Einwanderung politisch zunehmend von den SD entfernten. Mit Unterstützung der Grünen verfolgte die Regierung eine liberalere Asyl- und Arbeitsmigrationspolitik, die an den Konfrontationskurs gegenüber den SD des damaligen Ministerpräsidenten der Moderaten, Fredrik Reinfeldt, anknüpfte: Die SD sollten keine Möglichkeit erhalten, die Migrationspolitik weder direkt noch indirekt zu beeinflussen. Bis zu den Wahlen 2014 hatte sich die Distanz zwischen den SD und

dem rechten Mainstream jedoch weiter vergrößert (Backlund 2020). Die Vorsitzenden der Allianz-Parteien kündigten den Rücktritt ihrer Regierung an, für den Fall, dass sie bei den Wahlen 2014 weniger Sitze als der Linksblock erhalten sollte. Damit wollten sie verhindern, dass die Schwedendemokraten politischen Einfluss ausüben können. Denn unter solchen Bedingungen hätte eine Regierung aus den Allianz-Parteien bei der Investiturabstimmung sowie bei jeder nachfolgenden namentlichen Abstimmung, bei der die Linke mit Nein stimmte, die aktive Unterstützung der SD benötigt.

Die Schwedendemokraten, die somit eine zentrale Machtposition eingenommen hatten zwischen dem Mitte-rechts-Lager und dem Links-Lager, von denen keines über eine eigene Mehrheit verfügte, waren jetzt in der Lage, Druck auf die Regierung auszuüben. So erklärten sie, dass sie keine Regierung unterstützen würden, die bei der Einwanderung keine Zugeständnisse machen würde. Um die Mitte-rechts-Allianz, die sich nun in der Opposition befand, intakt zu halten und ihr Versprechen einzulösen, die SD zu isolieren, enthielten sich die Allianz-Parteien 2014 bei der Investiturabstimmung, sodass die Sozialdemokraten zusammen mit den Grünen und externer Unterstützung durch die Linkspartei eine Minderheitsregierung bilden konnten.

Dennoch forderten die Schwedendemokraten aus ihrer nunmehr eingenommenen Schlüsselposition in der Folge die etablierten Parteien immer wieder heraus (Backlund 2020). Im Dezember 2014 blockierten sie effektiv die Verabschiedung des Haushalts der rot-grünen Regierung, indem sie sich über das informell etablierte Abstimmungsverfahren hinwegsetzten. Dieses »unverantwortliche« Verhalten machte die SD zu einem noch untragbareren Koalitionspartner, dürfte aber bei ihrer Anhängerschaft Anklang gefunden haben. Um vorgezogene Neuwahlen zu vermeiden, nahmen die Regierung und die Allianz-Parteien Verhandlungen darüber auf, wie das frühere Prozedere, das von den SD unterlaufen worden war, beibehalten werden könnte. Die drohenden Neuwahlen konnten schließlich durch das von den Parteien verkündete »Dezember-Abkommen« (*Decemberöverenskommelsen*) abgewendet werden, wonach derjenige Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten geduldet würde, der von der größten Parteienkoalition unterstützt wird, sodass er eine Regierung bilden kann. Das Abkommen ermöglichte es dem größeren der beiden Blöcke, als Minderheit zu regieren, unabhängig von der Anzahl der Sitze der SD. Damit hatten die SD weiterhin keinen Einfluss auf den Prozess der Regierungsbildung, erklärten sich aber zur »einzig verbliebenen Oppositionspartei«. Das Dezember-Abkommen wurde jedoch nach weniger als einem Jahr bereits wieder aufgelöst, nachdem Splittergruppen aus den Reihen der Christdemokraten die Partei zur Aufkündigung des Abkommens gezwungen hatten.

Bei den Wahlen 2018 waren alle Parlamentsparteien weiterhin entschlossen, nicht mit den Schwedendemokraten zusammenzuarbeiten. Jedoch hatten sich die Mitte-rechts-Parteien in der Migrationspolitik und in der Frage, wie sie mit den SD umgehen sollten, voneinander entfernt. Der Allianz gelang es nicht, bei den Wahlen mehr Sitze als der

Links-grüne-Block zu erringen, und die Zentrums- und die Liberalen wollten keine Minderheitsregierung bilden, die den SD ein Erpressungspotenzial gewährte. Zudem widersetzten sich die beiden liberalen Parteien aktiv einem Versuch der Moderaten und der Christdemokraten, eine solche Regierungskoalition zu bilden. Stattdessen handelten die Zentrums- und die Liberalen ein Unterstützungsabkommen («Januar-Abkommen») mit der rot-grünen Regierung aus und verhalf dieser so dazu, im Amt zu bleiben.

EINFLUSS DER SCHWEDENDEMOKRATEN AUF DIE SCHWEDISCHE POLITIK UND ANDERE PARLAMENTSPARTEIEN

Nach der Flüchtlingswelle im Jahr 2015 und insbesondere nach den Wahlen 2018 schlugen die Moderaten, die Christdemokraten, die Liberalen und die Sozialdemokraten eine restriktivere Politik in Sachen Migration, Asyl, Integration und öffentliche Ordnung ein. Wenn auch in unterschiedlichem Maße, haben sie sich das Narrativ der SD dennoch zu eigen gemacht, wonach Einwanderung und »gescheiterte« Integration die Ursachen für das seien, was viele Menschen bei den Wahlen 2022 als eines der drängendsten Probleme Schwedens ansahen: Bandenkriminalität und Segregation. Noch vor Jahresende 2019 öffneten die Moderaten und die Christdemokraten die Tür für Verhandlungen mit den SD. Der Parteichef der SD, Jimmie Åkesson, sprach von einem »neuen konservativen Block«, der eine gute Grundlage für eine Regierungskoalition bilden würde. Auch die Liberale Partei änderte nach hitzigen internen Debatten ihre Haltung zu den SD und schloss sich den Moderaten und den Christdemokraten an, um 2021 für eine Mitte-rechts-Regierung zu werben. Der neue »konservative« Block gab gemeinsame öffentliche Erklärungen ab, z. B. zur Kriminal- und Energiepolitik, und machte gelegentlich auch gemeinsam Wahlkampf. Dagegen lehnte die Zentrums- und die Liberalen jede Zusammenarbeit mit den SD weiterhin strikt ab.

Die politischen Positionen der Schwedendemokraten unterscheiden sich nach den im konservativen Lager vollzogenen Richtungswechseln nicht mehr grundlegend von der Mehrheit der anderen Parteien, sondern haben sich »normalisiert«. Dies gilt inzwischen auch weitgehend in Bezug auf die Sozialdemokraten: Seit 2015 verfolgen die Sozialdemokraten eine restriktivere Politik in Sachen Asyl und Familienzusammenführung. Zunächst nur in Form einer 2016 verabschiedeten vorübergehenden Gesetzgebung während des starken Zustroms von Immigrant_innen und ihren Angehörigen, doch dann ab 2021 als dauerhaft festgeschriebenes Gesetz. Nichts deutet aktuell darauf hin, dass die Sozialdemokratische Partei ihre strenge Migrationspolitik überdenken und zu einer liberaleren Migrations- und Integrationspolitik zurückkehren würde.

Dasselbe gilt für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Hier bewegen sich die Sozialdemokraten politisch in der Nähe der von der derzeitigen Mitte-rechts-Regierung vertretenen Politik. Darüber hinaus haben führende Sozialdemokraten erklärt, dass ihre Integrationspolitik gescheitert sei,

während andere anstelle der klassischen sozioökonomischen Kriterien wie Beschäftigung und Bildung ethnische Kriterien ins Spiel brachten, um der Segregation in der schwedischen Gesellschaft Herr zu werden. So schlug der frühere Innenminister Anders Ygeman im Wahlkampf vor, die Quote nicht-nordischer Bewohner_innen in benachteiligten Wohngebieten auf maximal 50 Prozent zu deckeln. Auch die ehemalige Ministerpräsidentin Magdalena Andersson möchte keine »Chinatowns, Somalietowns oder Little Italys in Schweden« sehen. Innerhalb kurzer Zeit begannen die Sozialdemokraten in Schweden ähnliche Narrative zu verwenden wie die Sozialdemokratische Partei Dänemark.

Im Laufe eines Jahrzehnts haben die Schwedendemokraten die schwedische politische Landschaft grundlegend verändert, sowohl was den Parteienwettbewerb und die Regierungsbildung als auch die politische Debatte und Entscheidungsfindung angeht. Die etablierten Parteien haben den Diskurs der rechtsradikalen Parteien sukzessive akzeptiert und übernommen, insbesondere in Bezug auf die Themen Migration, Integration und öffentliche Ordnung. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich Schweden, das in Bezug auf Migration, Multikulturalismus, Internationalismus, Gendergerechtigkeit, LGBTQ-Rechte, Umwelt und Klima international als moderner, offener, toleranter und fortschrittlicher Staat gilt, durch diese konservative Wende verändern wird.

Abschließend stellt sich die Frage, ob das Beispiel Schwedens Aufschluss darüber geben kann, wie sich der Einfluss rechtsradikaler Parteien eindämmen lässt. Der Grundgedanke hinter der Isolationsstrategie bestand darin, den Schwedendemokraten jeglichen Einfluss auf die Politikgestaltung, insbesondere in den Bereichen Migration und Integration, zu verwehren. Gleichzeitig sollte ein soziales Stigma und eine Hemmschwelle für Wählende aufrechterhalten werden, der nationalistischen Partei ihre Stimme zu geben. Das Ziel, die Wählenden von einer Stimmabgabe für die SD abzuhalten, schlug fehl. Zwar hatte die SD bis zu den letzten Wahlen 2022 keinen direkten Einfluss auf die materielle Politikgestaltung, dennoch hat sich die oben beschriebene Erpresserposition bereits auf die Prozedur der Haushaltsverabschiedung und der Regierungsbildung ausgewirkt. Der Einfluss der SD war weitgehend indirekt, da die anderen politischen Parteien eine vergleichbare Rhetorik und Politik wie die SD in den Bereichen Migration, Asyl, Integration und öffentliche Ordnung von sich aus übernommen haben, um SD-Wählende zurückzugewinnen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Diese Strategie ist bislang gescheitert, denn die Schwedendemokraten sind im letzten Jahrzehnt zur zweitgrößten politischen Partei Schwedens aufgestiegen. Die Rolle als Oppositionspartei ohne politische Verantwortung hat den SD offenkundig in die Karten gespielt, um ihren Stimmenanteil bei drei aufeinanderfolgenden Wahlen stetig zu steigern. Die Frage ist, ob diese Erfolgsgeschichte nun zu einem Ende kommen wird, wo die SD als unterstützende Partei für die Politik der Regierung verantwortlich gemacht werden können.

LITERATUR:

Backlund, A. (2020): *Isolating the radical right: coalition formation and policy adaptation in Sweden*, Dissertation, Södertörns Högskola.

Backlund, A. (2022): »Government Formation and the Radical Right: A Swedish Exception?«, in: *Government and Opposition* (online), Cambridge University Press, 2.3.2022, S. 1–17.

Bergman, T. (1993): »Constitutional design and government formation: the expected consequences of negative parliamentarism«, in: *Scandinavian Political Studies*, 16(4), S. 285–304.

Demker, M. (2012): »Positiv attityd till invandring trots mobilisering av invandringsmotstånd«, in: Weibull, L./Oscarsson, H./Bergström, A. (Red.): *I framtidens skugga*, Göteborg: Göteborgs universitet, SOM-institutet.

Herkman, J./Jungar, A.-C. (2021): *Populism and media and communication studies in the Nordic countries*, in: Skogerbø, E./Ihlen, Ø./Kristensen, N.N./Nord, L. (Hrsg.): *Power, Communication, and Politics in the Nordic Countries*, NORDICOM, Gothenburg, S. 241–261.

Hinnfors, J./Spehar, A./Bucken-Knapp, G. (2012): »The missing factor: Why social democracy can lead to restrictive immigration policy«, in: *Journal of European Public Policy*, 19(4), S. 585–603.

Jungar, A.-C./Jupskås, A. (2014): »Populist radical right parties in the Nordic region: A new and distinct party family?«, in: *Scandinavian Political Studies*, 37(3), S. 215–238.

Jungar, A.-C. (2016): »The Sweden Democrats: Adjusting the organisation to electoral growth and parliamentary breakthrough«, in: Heinisch, R./Mazzoleni, O. (Hrsg.): *Understanding Populist Party Organization: A Comparative Analysis*, Houndmills: Palgrave Macmillan.

Oskarson, M./Demker, M. (2015): »Room for realignment: The working-class sympathy for Sweden Democrats«, in: *Government and Opposition*, 50(4), S. 629–651.

Sannerstedt, A. (2016): »Sverigedemokraternas sympatisörer: fler än någonsin«, in: Ohlsson, J./Oscarsson, H./Solevid, M. (Hrsg.): *Ekvilibrium: SOM-undersökningen, 2015*, S. 161–178.

Strömbäck, J./Jungar, A.-C./Dahlberg, S. (2016): »Sweden: No longer a European exception«, in: Aalberg, T./Esser, F./Reinemann, C./Strömbäck, J./de Vreese, Claes H. (Hrsg.): *Populist political communication in Europe*, London: Routledge, S. 68–81.

SVT (2022): *SVTs Vallokalsundersökning Riksdagsvalet 2022*, https://omoss.svt.se/download/18.69f812fb18327382298d3e8a/1663746207468/valu_riksdagsval_2022_viktat_0921_V3.pdf

Tidöavtalet (2022): Överenskommelse för Sverige, <https://via.tt.se/data/attachments/00551/04f31218-dccc-4e58-a129-09952cae07e7.pdf>

Weitere Publikationen des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Bristielle, Antoine; Robert, Max-Valentin

**Der Rassemblement National
französischen Parlament**

Eine Zwickmühle für die demokratischen Parteien
Paris, Dezember 2022

Sen, Milan

Die Verteidigung unserer Werte

Eine französische Umfrage im Kontext
des Krieges in der Ukraine
Paris, November 2022

Clergeau, Christophe; Faure, Olivier; Guillaume, Sylvie

Grundstein für ein neues europäisches Projekt

Olaf Scholz' Prager Rede
Paris, November 2022

Clavaud; Amandine

Die Covid-Pandemie in Frankreich

Eine Bewährungsprobe für Frauenrechte
Paris, 2022

Elsässer, Lea; Schäfer, Armin

**Ungleiche Demokratien: wer sitzt
(nicht) im Parlament?**

Die soziale Zusammensetzung der
Parlamente in fünf OSZE-Ländern
Wien, Juni 2022

Carbonnier, Clément; Palier, Bruno

Macrons Sozialpolitik

Eine Bilanz seiner ersten Amtsperiode
Paris, Juni 2022

Kerrouche, Éric

Krise der Demokratie

Analysen und Antworten der
sozialistischen Partei Frankreichs
Paris, Juni 2022

Greef, Samuel; Olive, Alain; Pernot, Jean-Marie;
Sjölander, Johan; Toscano, Emanuele

Rechtsextreme Parteien und sozialer Dialog

Herausforderungen für Gewerkschaften in
Frankreich, Schweden, Italien und Deutschland
Paris, Mai 2022

Schreiber, Benjamin

Gewerkschaftsmonitor Frankreich

Paris, April 2022

Matonti, Frédérique

Der Verfall der politischen Medienberichterstattung

(Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, März 2022

Poulain, Sébastien

Kein Programm links von der Mitte

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Frankreich
Paris/Bonn, März 2022

Delaporte, Arthur

**Die Erneuerung der französischen
sozialistischen Partei**

Interne Demokratie und Mobilisierung der Aktivist*innen
Paris, März 2022

Lebourg, Nicolas

In Ablehnung vereint?

Rechte Parteien in Frankreich und ihr
Blick auf die Europäische Union
(Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, März 2022

Tiberj, Vincent

Rechtswende in Frankreich

Gibt es sie wirklich?
(Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, Februar 2022

Peltier, Jérémie

Müde Gesellschaft

Ein psychisches und politisches Porträt
(Frankreich vor den Wahlen 2022)
Paris, Februar 2022

Lefebvre, Maxime

**Europäische Souveränität: Kommentar zu den
Ergebnissen der Umfrage in Frankreich**

Berlin, 2022

Europäische Souveränität

Analysen zu einer Umfrage
Paris, Juli 2021

ÜBER DIE AUTOREN

Antoine Bristielle ist Leiter des Observatoriums für Meinungsforschung bei der Jean-Jaurès-Stiftung. Er ist Professor der Sozialwissenschaften und Forscher für Politikwissenschaft des Labors »Pacte« (Sciences Po-Grenoble).

Ann-Cathrine Jungar ist außerordentliche Professorin an der Universität Södertörn.

Eric Miklin ist außerordentlicher Professor für österreichische Politik mit einer vergleichenden europäischen Perspektive am Fachbereich für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Salzburg.

Aurora Mínguez ist eine spanische Journalistin und ehemalige Korrespondentin von RNE in Paris und Berlin.

Max-Valentin Robert ist Doktor der Politikwissenschaft des Labors »Pacte« (Sciences Po Grenoble).

Sanna Salo ist Soziologin, Spezialistin für finnische Politik und Postdoc-Stipendiatin der Akademie von Finnland am Finnischen Institut für Internationale Angelegenheiten.

Wolfgang Schroeder ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kassel und ehemaliger Staatssekretär im Arbeitsministerium (2009-2014).

Diese Publikation ist das Ergebnis einer Kooperation mit der Jean Jaurès-Stiftung. Die französische Fassung wurde gemeinsam unter dem Titel »L'extrême droite au sein des parlements européens« veröffentlicht.

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf ab, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen. Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegelgespräche (»Cercle stratégique«) über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen (»Deutsch-Französischer Wirtschaftsdialog«) und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris
41 bis, bd. de la Tour-Maubourg | 75007 Paris | France

www.fesparis.org

Kontakt:
fes@fesparis.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.